



Register Berlin Mitte

JAHRESBERICHT REGISTER MITTE **2018**

RASSISTISCHER VORFÄLLE UND GRUPPEN-
BEZOGENER MENSCHENFEINDLICHKEIT
UNABHÄNGIGE DOKUMENTATION UND ANALYSE



Network African Rural and Urban Developement e.V.

Impressum

Web: www.berliner-register.de/mitte
www.narud.org

Mail: register@narud.org

Träger: NARUD e.V.
Brüsseler Str. 36, 13353 Berlin

Telefon: 030/407 57 551

Redaktion: Aziz Lamere, Matthias Oberg, Marieke Schippert

Fotos: © NARUD e.V.

Gestaltung: Ellen Windmüller

INHALT

1. WAS IST DAS „BERLINER REGISTER“?.....	4
1.1. AUFGABE UND ARBEITSWEISE DES REGISTERS	4
1.2. ERHEBUNG UND RECHERCHE	6
1.3. DIE REGISTER-APP	7
2. AUSWERTUNGEN	8
2.1. ART DER VORFÄLLE	8
2.2. VORFÄLLE NACH MOTIVEN	9
2.3. VERTEILUNG NACH ORTSTEILEN	14
2.4. RASSISTISCHE VERANSTALTUNGEN IN MITTE	19
2.5. EXTREM RECHTE ORGANISATIONEN IM BEZIRK BERLIN MITTE	25
2.6. ZIVILCOURAGE	28
3. KONTAKTADRESSEN UND BERATUNGSANGEBOTE	29
3.1 ANLAUFSTELLEN	31
3.2 BERATUNGSSTELLEN	33

1. Was ist das „Berliner Register“?

1.1. Aufgabe und Arbeitsweise des Registers

Das Berliner Register dokumentiert Vorfälle aus Berlin, die rassistisch, antisemitisch, antiziganistisch, extrem rechts, antimuslimisch-rassistisch, LGBTIQ*-feindlich¹, den Nationalsozialismus verherrlichend oder verharmlosend, behindertenfeindlich und sozialchauvinistisch motiviert sind. Die Aufgaben des Registers sind die Dokumentation und Analyse von rechtsradikalen Vorfällen und Gruppierungen sowie die Sichtbarmachung von Diskriminierung im Alltag auf lokaler Ebene. Durch die Sichtbarmachung der alltäglichen Diskriminierung und der Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen im eigenen Bezirk können Anwohner_innen für diese Thematiken sensibilisiert werden. Um auch diese alltäglichen Vorfälle sichtbar zu machen, berücksichtigen die Register im Gegensatz zu bestehenden Statistiken nicht nur strafrechtlich relevante Vorfälle wie Angriffe oder Sachbeschädigungen, sondern ebenso niedrigschwellige Vorfälle, wie das Anbringen von diskriminierenden Parolen, aber auch jene Vorfälle, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige gebracht wurden oder nicht in das Blickfeld offizieller Stellen gerückt sind. Das Registrieren solcher Vorfälle in lokalen Anlaufstellen schafft für die Betroffenen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und in dem sie mit ihren Problemen nicht alleine gelassen werden. In der Registerstelle Berlin-Mitte können Betroffene eine Erstberatung erhalten. Hier wird ihnen geholfen, soweit nötig, die für sie jeweils geeignete spezialisierte Beratungsstelle zu finden.



Durch die Veröffentlichung und die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft am Register wächst das Interesse für die Diskriminierungsproblematik, insbesondere in der eigenen Nachbarschaft. Das Gefühl, selbst auch betroffenen sein zu können oder die Betroffenen zu kennen, führt zu mehr Solidarität gegenüber Menschen, die Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt sind.

1 Diskriminierung aufgrund der geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung (Englisch: Lesbian, Gay, Bi-, Trans-, Intersexual, Queer)

Die Auswertung der Daten dient darüber hinaus dem Ziel, gesellschaftliche Tendenzen sichtbar zu machen: Wie entwickeln sich rechtsradikale Einstellungen und diskriminierende Handlungen? Aus welchen Motivationen geschieht Diskriminierung? Hierüber informieren die Berliner Register Politik, Wissenschaft und die breite Öffentlichkeit.



Wenn die Registerarbeit zunächst auch hauptsächlich Dokumentation und Auswertung von Vorfällen umfasst, möchten wir jedoch nicht auf der beschreibenden Ebene stehenbleiben, sondern Handlungen gegen Diskriminierung stärken. Hierfür werden Einzelpersonen zu mehr Civilcourage ermutigt und befähigt und lokale Bündnisse gegen Rassismus und Diskriminierung gestärkt.

Das Register Berlin wurde 2005 gegründet und war zunächst auf die Bezirke Pankow und Lichtenberg begrenzt. Damals begann ein Aufbauprozess, der sich über mehr als zehn Jahre erstreckte. Im August 2007 wurde die Koordinierungsstelle von Treptow-Köpenick eingerichtet. Im Jahr 2013 nahmen die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf und Neukölln ihre Arbeit auf. Im August 2015 folgte der Bezirk Reinickendorf und im September 2016 konnte mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle in Steglitz/Zehlendorf ein geschlossenes Erfassungsgebiet, das sich auf ganz Berlin bezieht, gebildet werden.

Seit 2014 wird die Registerstelle im Bezirk Berlin-Mitte von NARUD e.V. getragen. NARUD e.V. ist eine migrantische Organisation, die sich insbesondere für Integrationsförderung, entwicklungspolitische Bildung und Entwicklungszusammenarbeit einsetzt und das Ziel verfolgt, die diskriminierungsfreie Teilhabe von Migrant_innen in Berlin zu fördern. Es ist folgerichtig ein selbsterklärtes Anliegen von NARUD e.V. dazu beizutragen, alle Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung in aufklärerischer Weise sichtbar zu machen und zu überwinden.

Finanziell gefördert wird das Register Berlin-Mitte durch die Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, das Bezirksamt Berlin-Mitte, das Jobcenter Berlin-Mitte und durch das Programm „Demokratie Leben“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

1.2. Erhebung und Recherche

Damit die Register ein möglichst genaues Bild des Ist-Zustandes und der Entwicklungen in Berlin geben können, sind sie auf Daten angewiesen. Diese Daten gewinnen wir zum Einen aus eigener Recherche, zum Anderen aus Meldungen von Bürger_innen und von Kooperationspartner_innen wie z.B. den Anlaufstellen. Die Zahl der recherchierbaren Daten ist begrenzt, da es nur begrenzte Quellen gibt: Die Polizeimeldungen der Berliner Polizei, Artikel in der Presse, andere Dokumentationszentren sowie aktive Gruppen oder Einzelpersonen, die solche Daten sammeln. Um mehr Meldungen aus der Bevölkerung zu bekommen, setzen wir auf Öffentlichkeitsarbeit und auf die Gewinnung von Kooperationspartner_innen. Beratungsstellen und andere Orte mit hohem Publikumsverkehr gewinnen wir als Anlaufstellen, bei denen Personen Vorfälle melden können und die uns Meldungen aus ihrem Arbeitsalltag weiterleiten.

Werden Sie Register-Anlaufstelle

Das Register braucht die Beteiligung vieler Menschen bei der Sichtbarmachung von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Bezirk. Werden Sie aktiv und unterstützen Sie die Arbeit. Beratungsstellen, Vereine, Nachbarschaftszentren, Jugendclubs und andere soziale Einrichtungen können als Anlaufstelle aktiv werden, indem sie für das Register werben und Vorfälle an das Register Berlin-Mitte weiterleiten. Meldebögen und Informationsmaterialien können unter register@narud.org angefordert werden. Gerne führen wir auch Schulungen für die Mitarbeiter_innen der Anlaufstellen durch.

Des Weiteren intensivieren wir unsere Netzwerkarbeit, um weitere Organisationen und Multiplikator_innen für die Registerarbeit zu aktivieren. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf von Diskriminierung betroffene Menschen wie z.B. Migrant_innen. Besonders wichtige Kooperationspartner_innen, mit denen wir regelmäßig erfasste Daten austauschen, sind die Opferberatungsstelle „Reach Out“, die Recherche und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), die Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA) des Amaro Foro e.V. und für antimuslimischen Rassismus Inssan e.V.

Bürger_innen-Meldungen können direkt bei den Registerstellen und ihren Anlaufstellen oder telefonisch, über die Register-APP, online über die Webseite des Berliner Registers, per Mail, via Twitter oder per Post gegeben werden.

Registerstelle Berlin-Mitte bei NARUD e.V.

Web: www.register.narud.org

APP: www.register-app.de

Mail: register@narud.org

Träger: NARUD e.V., Brüsseler Str. 36, 13353 Berlin

Telefon: 40757551 · Mobil: 0157/76318728

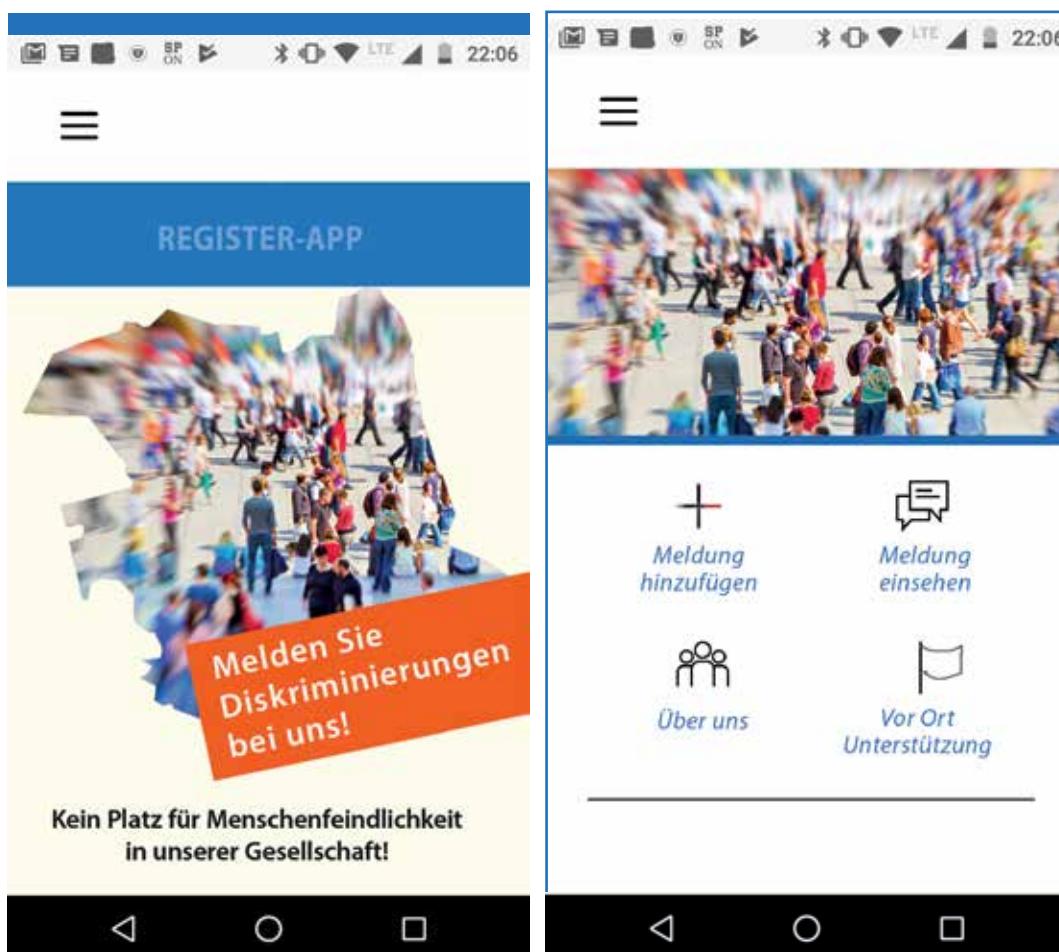


gefördert von:

Das Berliner Register orientiert sich an den Bedürfnissen und Wahrnehmungen der Betroffenen, ihrer Angehörigen oder der Zeug_innen eines Vorfalls. Um die rassistischen oder diskriminierenden Hintergründe eines Vorfalls festzustellen, wird Wert darauf gelegt, einen Vorfall mit möglichst mehreren Quellen zu prüfen. Einige Vorfälle, die infolge einer polizeidienstlichen Erfassung nicht auf Anhieb einen diskriminierenden Bezug erkennen lassen, werden so bei einer genaueren Betrachtung relevant, wenn beispielsweise belegt werden konnte, dass einem Raub oder einer Körperverletzung eine rassistische Anfeindung vorausging. Situationsabhängig recherchieren die Mitarbeiter_innen vom Register Mitte auch vor Ort, um das Geschehen im Umfeld von Demonstrationen der rechtsextremen Szene zu beobachten oder um Sachbeschädigungen bzw. rassistische Schmierereien zu prüfen.

1.3. Die Register-APP

Melden Sie Ihre Vorfälle bequem von unterwegs über die Register-APP! Sie enthält Informationen über das Register, was es aufnimmt und wo Betroffene Beratung und Unterstützung finden können. Vor allem bietet sie die Möglichkeit, auf dem Smartphone oder über die Website Vorfälle an das Register zu senden. Sie kann über alle gängigen APP-Stores bezogen werden und ist im Internet unter www.register-app.de aufrufbar.

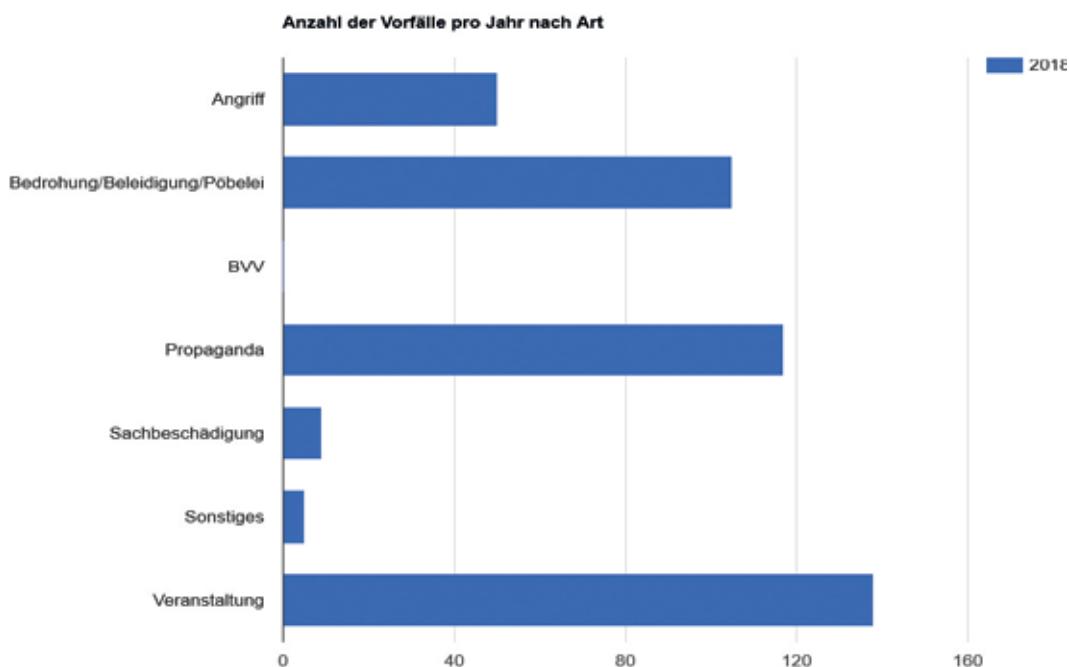


Mehr auf: www.register-app.de

2. Auswertung

Das Register in Berlin-Mitte dokumentierte im Jahr 2018 insgesamt 495 Vorfälle, gegenüber 344 Vorfällen im Vorjahr 2017, 283 Vorfällen im Jahr 2016 und 196 im Jahr 2015. Wie schon 2017 fielen im Bezirk Mitte die meisten Vorfälle von allen Berliner Registern an. In allen 12 Berliner Bezirken zusammen dokumentierten die Registerstellen **3405 Vorfälle** (2017: 2800). Dieser Anstieg dürfte jedoch zum Teil auf die langsam wachsende Bekanntheit des Berliner Registers zurückzuführen sein, durch die uns auch mehr Vorfälle gemeldet werden.

2.1. Art der Vorfälle



Art der Vorfälle	Anzahl von Vorfällen 2018
Angriff	62
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	136
Propaganda	133
Sachbeschädigung	14
Sonstiges	8
Veranstaltung	142
Gesamtergebnis	495

Wie bereits im Vorjahr fanden in Berlin-Mitte durch die zentrale Lage besonders viele Veranstaltungen statt, im Jahr 2018 142, gegenüber 84 im Jahr 2017 und 74 im Jahr 2016. Besonders rassistisch motivierte Kundgebungen und Demonstrationen haben in Mitte weiter zugenommen.

Besonders auffällig ist jedoch, dass Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, dazu zählen auch Sprüche und Beschimpfungen, Parolen-Rufen, Anti-Antifa-Fotografen und „Hitlergrüße“, extrem angestiegen sind von 48 im Jahr 2017 auf 136 im Jahr 2018. Diese Entwicklung zeigt sich auch berlinweit in einem Anstieg von 495 auf 899. Dieser starke Anstieg kann nicht mehr nur auf die gewachsene Zahl von Melder_innen, die uns Vorfälle bekannt machen, zurückgeführt werden.

Das Klima ist offensichtlich rauer geworden. Die Grenzen dessen, was vielen als sag-bar erscheint, haben sich weiter verschoben. Hemmungen, sich gruppenbezogen menschenfeindlich gegenüber allen in irgendeiner Weise als „anders“ Klassifizierten zu äußern, sind gefallen. Doch damit haben sich auch die Grenzen, vom Sagen zum Verhalten überzugehen, verschoben.

Denn diese Tendenz zur Enthemmung manifestiert sich auch in der hohen Zahl von Angriffen in Mitte, worunter wir vollzogene sowie versuchte Körperverletzungen, aber auch massive Bedrohungen und Angriffe auf Wohnhäuser, in denen sich Menschen befinden, rechnen. Angriffe erreichten mit 62 im Jahr 2018 in etwa wieder das hohe Niveau von 2017, mit damals 60. 2016 waren es sogar 68. Berlinweit nahmen jedoch Angriffe von 267 (2017) auf 309 zu. Wie schon in den beiden Vorjahren ereigneten sich in keinem anderen Berliner Bezirk derart viele körperliche Angriffe.

Betrachten wir Angriffe und Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien unter Genderaspekten, so gingen 47 Angriffe von männlichen Tätern, 10 von Täterinnen und 5 von gemischten Gruppen aus. 17 Opfer waren weiblich, 3 waren gemischte Paare, bzw. Gruppen, 42 männlich. Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien gingen in 133 Fällen von Tätern, 22 Mal von Täterinnen und 20 Mal von gemischtgeschlechtlichen Gruppen aus. In 71 Fällen waren Opfer männlich, 31 Mal weiblich und 28 Mal gemischtgeschlechtliche Paare und Gruppen².

Propaganda-Vorkommnisse blieben ebenfalls mit 133 auf dem hohen Niveau des Vorjahrs (132). 2016 waren es erst 47. Unter Propaganda fallen alle Aktivitäten, die dazu dienen, rassistische, antisemitische und rechtsextreme Ideologien im öffentlichen Raum zu verbreiten, wie die Verteilung von Flugblättern und die Verbreitung von Aufklebern. Sachbeschädigungen wurden 2018 14 erfasst, gegenüber 11 im Jahr 2017. Unter Sonstiges, zumeist Leistungsverweigerungen und behördliche Diskriminierungen, wurden 8 Vorkommnisse erfasst.

2.2. Vorfälle nach Motiven

	2018
Antimuslimischer Rassismus/ Muslimfeindschaft	73
Anti-Schwarzer Rassismus	31
Antisemitismus	91
Antiziganismus	13
Behindertenfeindlichkeit	1
LGBTIQ* Feindlichkeit	30
Politischer Gegner	19
Rassismus	155
Rechte Selbstdarstellung	44
Sozialchauvinismus	2
Verharmlosung bzw. Verherrlichung des NS	36
Gesamtergebnis	495

2

Im Rest dieser Vorfälle konnten Täter_innen und Opfer geschlechtlich nicht erfasst werden.

Bei der Analyse der Motivlagen ergeben sich 2018 folgende Trends:

Besonders auffallend ist hier die erschreckende Zunahme von rassistischen Vorfällen, insgesamt 272 im Jahr 2018, gegenüber 145 im Jahr 2017. Unter diese Gesamtzahl rassistischer Vorfälle fallen auch die besonders erfassten Formen von Antimuslimischem Rassismus, Anti-Schwarzem Rassismus und Antiziganismus.

Unter **Rassismus** allgemein fielen 155 Vorfälle, gegenüber 55 im Jahr 217. Sie waren besonders häufig auf rassistische Weise flüchtlings- und einwanderungsfeindlich motiviert. Dies gilt besonders für die 67 von uns als rassistisch motiviert aufgenommen Veranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen. 43 Vorkommnisse waren Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, 19 waren körperliche Angriffe und 22 waren Propaganda-Vorkommnisse.

Mit 73 Vorfällen gegenüber 75 im Vorjahr ist die Anzahl von Vorfällen, die von **antimuslimischem Rassismus** motiviert waren, nahezu konstant geblieben. Ein Großteil der Vorfälle in Mitte ereignete sich wie im Vorjahr im Umfeld der wöchentlichen BärGiDa-Aufmärsche. Von diesen 73 Vorfällen waren 54 Veranstaltungen, 1 antimuslimische Propaganda, ein körperlicher Angriff, 2 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien und eine Sachbeschädigung bei einem muslimischen Verein.

Besonders erfasst wurden auch Vorfälle von **Anti-Schwarzem Rassismus**. 2018 wurden uns 31 Vorfälle gemeldet. Im Rahmen der UN-Dekade für Menschen Afrikanischer Abstammung (2015 – 2024) unter dem Motto „Menschen Afrikanischer Abstammung: Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung“ erscheint es uns als notwendig und sinnvoll, Daten und Zahlen zu Anti-Schwarzem Rassismus spezifisch zu erheben. Die besondere Erfassung war auch eine Forderung von Vereinen der wachsenden afrikanischen Diaspora in Berlin sowie von Interessenverbänden Schwarzer Deutscher im Konsultationsprozess des Berliner Senats zur Entwicklung von Maßnahmen zur Umsetzung der Dekadenziele. Die Registerstelle Mitte hat Anti-Schwarzen Rassismus bereits seit 2017 spezifisch zu erfassen versucht.



Stadtlaufgang Wedding: Infotafeln zum Afrikanischen Viertel

Auch das gesamte Berliner Register hat inzwischen beschlossen, diese Vorfälle von nun an spezifisch zu erfassen, um diese mit den Folgen des Kolonialismus verbundenen Diskriminierungen und spezifischen Formen des Rassismus gegen Menschen afrikanischer Herkunft auch besonders sichtbar machen zu können. 20 gemeldete Vorfälle entfielen auf Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, 5 waren körperliche Angriffe, 6 waren Propaganda-Veranstaltungen/Vorkommnisse, ein Diskriminierungsvorfall einer afrobritischen Gruppe in einem Schnell-restaurant entfiel unter Sonstiges. Die Dunkelziffer liegt in diesem



Tag der Zivilcourage, 19.9.2018 in Berlin

neu erfassten Bereich sicherlich noch besonders hoch. Zudem stellt sich wie bei Vorfällen von antimuslimischem Rassismus das Erfassungsproblem, dass etwa von Polizeimeldungen oftmals nicht auf die Form des Rassismus geschlossen werden kann.

Von **Antiziganismus** motiviert waren 13 Vorfälle. Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien haben auch hier auf 10 zugenommen. Waren im Vorjahr noch 10 von 16 Fällen behördliche Diskriminierungen, waren dies jedoch dieses Jahr im Bezirk Mitte nur noch 3.

Insgesamt waren 2018 also 272 Vorfälle rassistisch motiviert. Rassistische Angriffe insgesamt blieben zwar ungefähr auf dem Vorjahresniveau mit 25 statt 26 in 2017. Rassistische Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien stiegen insgesamt jedoch von 26 im Jahr 2017 auf 75 an. Diese Tendenz zur rassistischen Enthemmung zeigte sich auch berlinweit: Rassistische Vorfälle nahmen von 859 (2017) auf 1355 zu. Diese gestiegenen Fallzahlen sind berlinweit auf rassistisch motivierte Veranstaltungen (2017: 89; 2018: 197), Propaganda (2017: 387; 2018: 590), Angriffe (2017: 142; 2018: 169) und Beleidigungen und Bedrohungen (2017: 176; 2018: 299) zurückzuführen. Diese Angriffe und die insgesamt stark angestiegenen rassistischen Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien gingen weniger von Aktionen von Organisierten in extrem rechten Organisationen und deren näherem Umfeld oder von deren Veranstaltungen aus, sondern ereigneten sich vor allem im Alltag, häufig in öffentlichen Verkehrsmitteln, U- und S-Bahnhöfen und deren Nähe. Eine rechtspopulistische Partei in den Parlamenten, dadurch eine größere Öffentlichkeit für rechtspopulistische und rassistische Aussagen und Diskursformen sowie die Selbstbestätigung und diskursive Schließung in radikal und extrem rechten Internetblasen im gegenwärtigen Strukturwandel der Öffentlichkeit tragen sicherlich sehr zu dieser Verschiebung des Sagbaren bei, die schließlich auch die Gewalttaten ansteigen lässt. Zudem ist davon auszugehen, dass diese Vorfälle nur einen verschwindend geringen Prozentsatz der tatsächlich tagtäglich stattfindenden Diskriminierungen darstellen.

Rassismus ist und bleibt ein großes Problem in Deutschland und in Berlin, auf der strukturellen, institutionellen, kulturellen und interpersonellen Ebene.

Antisemitismus blieb im Bezirk Mitte mit 91 Vorfällen weitgehend bei der erschreckend hohen Fallzahl von 95 Vorfällen im Jahr 2017. 2015 waren es noch 39 und 2016 58 Vorfälle gewesen. Jedoch nahmen auch hier Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien von 17 im Jahr 2017 auf 37 und Angriffe von 8 auf 13 signifikant zu. Propaganda nahm in Mitte hingegen von 51 auf 26 Vorfälle ab. Zwar wurden Veranstaltungen, die deutlich antisemitisch ausgerichtet waren, in Mitte etwas weniger (10 statt 16), ebenso Sachbeschädigungen (4 statt 7). Im berlinweiten Trend nahmen antisemitische Vorfälle jedoch weiterhin stark zu (2017: 573; 2018: 787). Berlinweit waren 57 Prozent der Vorfälle Bedrohungen, Beleidigungen und Propaganda im Internet, die gezielt gegen israelische, jüdische oder als jüdisch wahrgenommene Einrichtungen und Einzelpersonen gerichtet waren. Berlinweit sind vor allem diese Beleidigungen und Bedrohungen im Internet massiv angewachsen (Antisemitische Onlinevorfälle: 2017: 254; 2018: 443). Auch die Angriffe sind berlinweit von 13 im Jahr 2017 auf 45 im Jahr 2018 gestiegen. Insofern liegt auch hier die Annahme nah, dass ein etablierter Rechtspopulismus enthemmend wirkt und auch dazu beiträgt, antisemitische Pöbeleien und Angriffe ansteigen zu lassen. So ließ sich auf vielen rassistisch-flüchtlingsfeindlichen Veranstaltungen beobachten, dass dort auch antisemitische Töne angeschlagen und weithin geduldet wurden, wenn dort etwa immer wieder verschwörungsideoologisch auf den us-amerikanischen Investor jüdisch-ungarischer Herkunft und Gründer der liberalen Open Society Foundation, George Soros verwiesen wird, der hinter angeblichen „Umwirkungsplänen“ durch Einwanderungspolitik stecke. Das rechte Narrativ vom Antisemitismus als einem ‚importierten Problem‘, dass angeblich vor allem bei muslimischen Eingewanderten vorkomme, lasse sich quantitativ nicht bestätigen, so Benjamin Steinitz von der Recherche und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS). Hier werde vielmehr Antisemitismus für die eigene flüchtlingsfeindliche Argumentationen instrumentalisiert.³ Den erhöhten Zahlen, so auch Steinitz, läge eine »Verrohung« zugrunde, die »nicht im luftleeren Raum« anzusiedeln sei. Gerade niedrigschwellige Formen von Antisemitismus an Orten, an denen sich Personen regelmäßig aufhalten, wie Wohnumfeld und öffentliche Verkehrsmittel, tragen zu stärkerer Bedrohung bei. Hier könnten sich die Angegriffenen den Attacken schwerer entziehen: „Wir erleben eine Verschiebung vom Sagen zum Tun.“⁴

Für diese Enthemmungstendenz, die mehrere Motivarten übergreift und sich gegenseitig verstärkt, spricht ebenso, dass auch Vorfälle im Motivfeld **Verharmlosung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus** in Mitte deutlich von 16 auf 36 anstiegen, was im berlinweiten Trend mit einem Anstieg von 293 auf 382 Vorfälle lag. Unter diese Kategorie fallen faschistische Symbole wie Hakenkreuze und Schmierereien wie „SS“, verbale Äußerungen mit positivem Bezug zum Nationalsozialismus und das Zeigen des Hitlergrußes, ebenso geschichtsrevisionistische Verlautbarungen und NS-verharmlosende Vergleiche. In Mitte registrierten wir 10 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien wie öffentliche Hitlergrüße, 19 Propagandavorkommnisse wie angeschmierte Hakenkreuze, 5 Veranstaltungen und 2 Sachbeschädigungen mit diesen Motivationen.

Vorkommnisse **rechter Selbstdarstellung** stiegen in Mitte ebenfalls von 36 im Vorjahr auf 44 an. 40 davon waren Propaganda-Vorfälle, meistens Aufkleber im öffentlichen Raum, mit denen für extrem rechte und rechtspopulistische Organisationen, Parteien und Gruppierungen geworben wurde. Aber auch 4 Veranstaltungen ordneten wir primär dieser Selbstdarstellung zu.

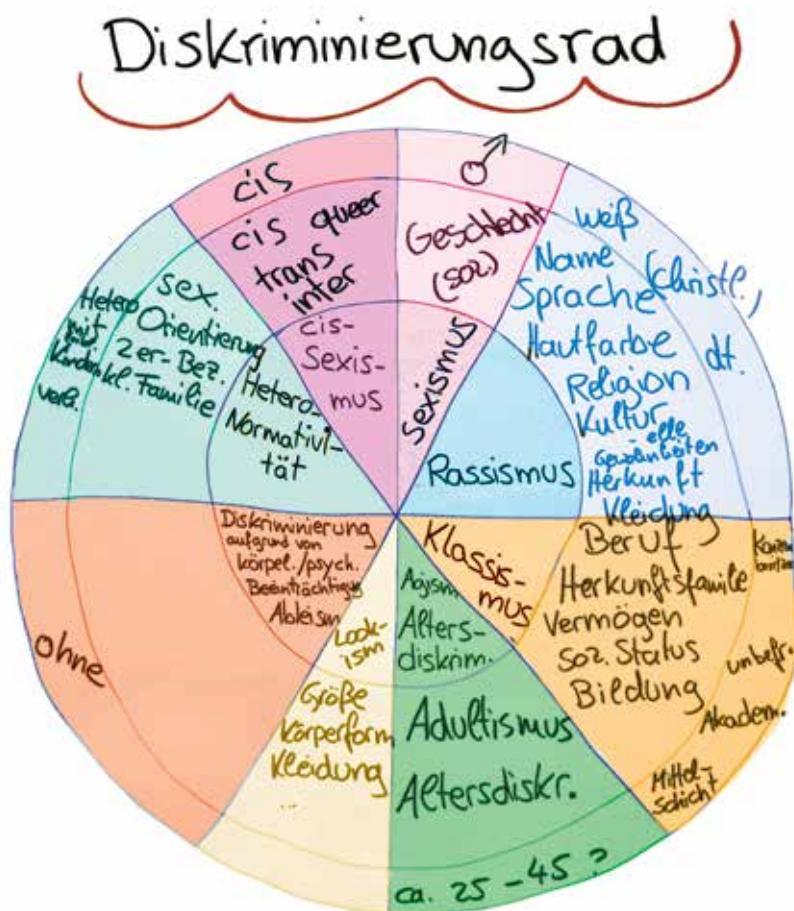
³ Neues Deutschland vom 17.04.2019. Das soll jedoch nicht heißen, dass Antisemitismus bei Eingewanderten aus arabischen und überwiegend muslimischen Ländern kein Problem wäre. RIAS hat 2018 ihre für Berlin mit dem Berliner Register abgestimmten, erfassten antisemitischen Vorfälle nach politischen Hintergründen untersucht. Danach sind 2% islamistisch, 9% israelfeindlicher Aktionismus, 5% rechtspopulistisch, 18% rechtsextrem, 4% links-antiimperialistisch, 6% verschwörungsideoologisch, 7% kämen aus der politischen Mitte, jedoch bei 49% der gemeldeten Vorfälle habe sich der Hintergrund nicht klären lassen. Aussagen bleiben also unsicher.

⁴ Ebd.

Angriffe auf **politische Gegner_innen** konnten wir hingegen nur 19 statt 26 im Jahr 2017 verzeichnen. Unter diese Motivlage fallen rechte Aktionen, die sich primär gegen bestimmte Politiker_innen, Engagierte, Antifaschist_innen oder andere Nicht-Rechte richten. Hierunter fielen 3 Angriffe, 7 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, 6 Propagandavorkommnisse, 2 Sachbeschädigungen und eine Veranstaltung.

Zwar wurden 2018 nur 30 **LGBTIQ*-feindliche Vorfälle** im Bezirk Mitte erfasst, aber auch das war ein leichter Anstieg von 23 im Vorjahr, der im berlinweiten Trend lag (2017: 98; 2018: 109). 20 von diesen waren jedoch wie im letzten Jahr wieder besonders aggressive Angriffe auf Personen des LGBTIQ*-Spektrums, zum großen Teil erschreckend brutaler Art. Auffällig war hier auch, dass die Mahnmale für die vom Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen im Tiergarten immer wieder beschädigt wurden (3 Sachbeschädigungen). Neben diesen brutalen Angriffen finden viele alltägliche Beleidigungen und Abwertungen statt, die uns jedoch nicht gemeldet werden. Um diese Vorkommnisse besser dokumentieren zu können, werden wir die Zusammenarbeit mit Organisationen aus dem LGBTIQ*-Spektrum intensivieren.

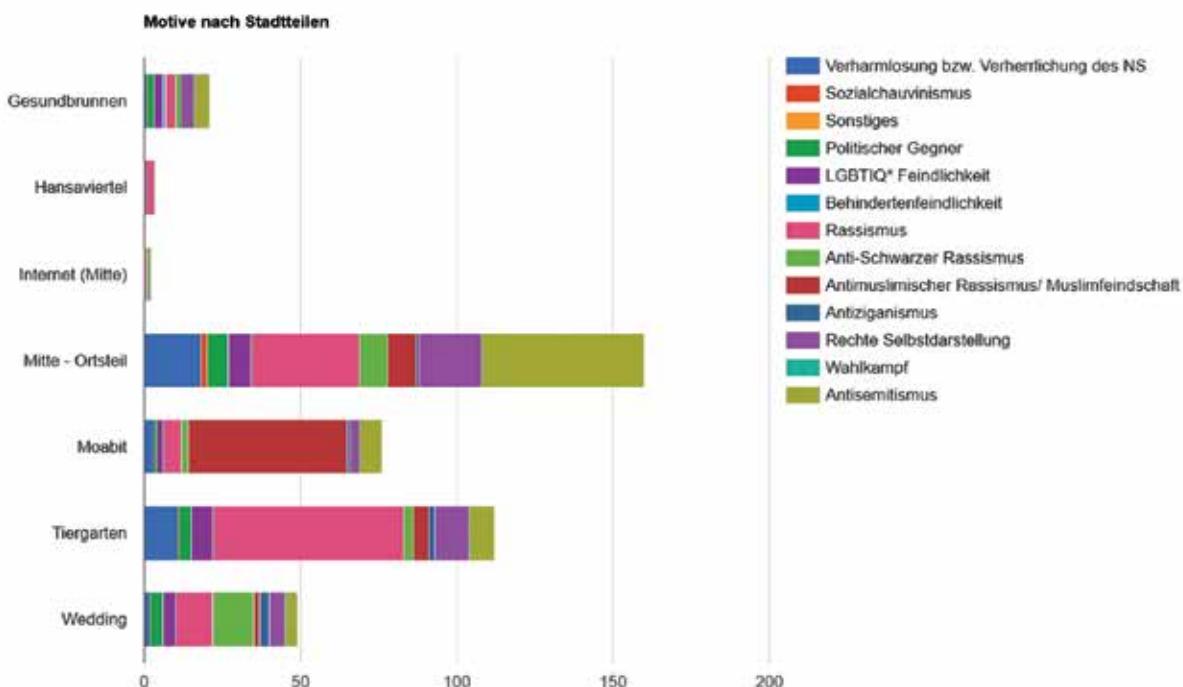
Ebenso erreichen uns noch kaum Vorfälle, die sozialchauvinistisch, z.B. gegen Wohnunglose, oder behindertenfeindlich motiviert sind. Hier konnten wir 2018 nur zwei Fälle von Sozialchauvinismus, einen Angriff, bei dem ein Wohnungloser anzuzünden versucht wurde, sowie eine unterlassene Hilfeleistung gegenüber einem wohnungslosen Rollstuhlfahrer und eine behindertenfeindliche Beleidigung erfassen. Die Dunkelziffer ist also besonders hoch. Bei Betroffenen ist das Berliner Register noch kaum bekannt und sie sind teilweise auch schwerer anzusprechen, z.B. Wohnunglose. In diesen Bereichen gibt es keine zentrale Dokumentationsstelle wie z.B. im Bereich des Antisemitismus, sodass es schwer ist, Kenntnis von Vorfällen zu erlangen. Auch in diesen Bereichen werden wir in Zukunft daher die Zusammenarbeit mit spezialisierten Beratungsstellen verstärken.



2.3. Verteilung nach Ortsteilen

Mit einer Fläche von 39,47 km² umfasst der Bezirk Berlin-Mitte die Ortsteile Gesundbrunnen, Hansaviertel, Mitte, Moabit, Tiergarten und Wedding. Insgesamt leben hier 379.610 Personen (Stand: 30.06.2018). 51,1% der Einwohner_innen haben einen Migrationshintergrund, 32,2% haben keine deutsche, sondern eine ausländische Staatsangehörigkeit (Stand: 30.06.2017). Beides sind die höchsten Werte in allen Berliner Bezirken.

Ortsteil Mitte



Wie bereits 2017 wurden im Ortsteil Mitte wieder die meisten Vorfälle registriert. Gerade hier stiegen Vorfälle besonders deutlich an, von 128 Vorfällen im Vorjahr auf 214 im Jahr 2018. Hier zeigte sich auch besonders deutlich die allgemein im Bezirk beobachtete Tendenz zur Enthemmung. Körperliche Angriffe und massive, auch direkte körperliche Bedrohungen stiegen von 21 auf 34, Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien gar von 13 auf 74! Propaganda-Vorfälle blieben hingegen wie im Gesamtbezirk in etwa gleich (61 statt 63). Fast alle dieser Vorfälle fanden im öffentlichen Raum statt, besonders im öffentlichen Nahverkehr, insbesondere an Verkehrsknotenpunkten wie viel frequentierten Bahnhöfen und auf öffentlichen Plätzen, an Einkaufsstraßen, aber auch am Rande von Demonstrationen und Kundgebungen. Besonders sticht hier der Alexanderplatz und seine Umgebung mit alleine 26 registrierten Vorfällen hervor, davon 7 körperliche Angriffe, aber auch in und um den Bahnhof Friedrichstraße ereigneten sich besonders viele Vorfälle, darunter 3 Angriffe.

Sachbeschädigungen nahmen ebenfalls von 2 auf 6 zu, unter Sonstiges Registriertes, hier zumeist rassistisch diskriminierende Behandlungen und Leistungsverweigerungen in Geschäften und Lokalen, erhöhten sich von drei auf 7, Veranstaltungen nahmen ebenfalls von 26 auf 32 zu.

Die zunehmende Enthemmungstendenz zeigte sich besonders im Anstieg rassistisch motivierter Angriffe und Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien: 16 Angriffe und 32 Beleidigungen waren auf unterschiedliche Weise rassistisch motiviert.

Besonders besorgniserregend bleibt die hohe Zahl von antisemitischen Vorfällen im Ortsteil Mitte mit besonders vielen jüdischen Einrichtungen und mit 63 von 91 antisemitischen

Vorfällen im gesamten Bezirk. Sie stiegen insgesamt im Ortsteil Mitte weiter leicht von 61 auf 63 an, waren aber gerade auch hier nun deutlich häufiger direkt gegen Personen gerichtete Angriffe (9) und Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien (29).

Mitte Ortsteil	Angriff	Beleidigung	Propaganda	Sachbesch.	Veranstalt.	Sonstiges	Gesamt
Rassismus	12	24	10	1	15	2	64
Antimuslimischer Rassismus	1	-	7	-	4	-	12
Anti-Schwarzer Rassismus	3	4	2	-	-	1	10
Antiziganismus		4	-	-	-	2	6
Antisemitismus	9	29	14	2	8	1	63
LGBTIQ*Feindlichkeit	6	2	-	-	1	-	9
Politischer Gegner	2	4	-	1	1	-	8
Rechte Selbstdarstellung	-	-	18	-	3	-	21
Verherrlichung des NS	-	7	10	2	-	-	19
Sozialchauvinismus	1	-	-	-	-	1	2
Gesamt	34	74	61	6	32	7	214

Politische Gegner wurden ebenfalls etwas häufiger attackiert, wenn auch die Zahl dieser Vorfälle insgesamt gegenüber dem Vorjahr gleich blieb. Angriffe, massive Bedrohungen und Pöbeleien auf politische Gegner fanden hier oft am Rande von Demonstrationen statt. Verherrlichungen/Verharmlosungen des NS nahmen jedoch ebenfalls von 3 auf 19 zu und waren ebenfalls häufiger mit Pöbeleien gegen Personen verbunden.

LGBTIQ*feindliche Angriffe und Beleidigungen gingen zwar leicht zurück, finden aber immer noch besonders häufig im Ortsteil Mitte statt. 9 statt 10 Vorfälle im Vorjahr waren zu verzeichnen, davon jedoch 6 überwiegend besonders brutale körperliche Angriffe.

Tiergarten

In Tiergarten waren wieder am zweitmeisten Vorfälle zu verzeichnen, wenn auch hier der Anstieg deutlich geringer als im Ortsteil Mitte ausfiel, von 100 im Jahr 2017 auf 116. Wieder waren dies überwiegend Veranstaltungen, die von 54 auf 61 zunahmen. Davon waren 54 vor allem rassistisch-flüchtlingsfeindlich, aber auch 2 vor allem antisemitisch und dieses Jahr 5 deutlich neofaschistisch und den NS-Faschismus verharmlosend. Bei den meisten der rassistisch-flüchtlingsfeindlichen Veranstaltungen handelte es sich um den wöchentlichen „Merkel muß weg“-Mittwoch vor dem Bundeskanzleramt, der gleichnamigen Gruppierung und der AfD-Brandenburg, an dem sich aber oftmals auch der nach extrem Rechts offene Zukunft Heimat e.V. aus Cottbus beteiligt. Waren es hier zumeist nur 20 bis 30 Kundgebungsteilnehmende, so fanden im Tiergarten auch einige größere Veranstaltungen statt, so etwa am 20.05. die „Biker für Deutschland“-Kundgebung mit ca. 1000 Beteiligten, die deutlich flüchtlings- und migrationsfeindlich ausgerichtet war. Gegen Ende des Jahres begannen dann hier auch regelmäßige Kundgebungen verschiedener extrem rechter Gruppierungen, wie der „Gelben Westen Berlin“, die sich das Label der französischen Sozialproteste anzueignen versuchen.

Tiergarten	Angriff	Beleidigung	Propaganda	Sachbesch.	Veranstaltung	Gesamt
Rassismus	2	3	5	-	52	62
Antimuslimischer Rassismus		1	3	1	2	7
Anti-Schwarzer Rassismus	1	1	1	-	-	3
Antiziganismus		2	-	-	-	2
Antisemitismus	2	2	3	-	2	9
LGBTIQ*Feindlichkeit	4	-	-	3	-	7
Politischer Gegner	1	1	2	-	-	4
Rechte Selbstdarstellung	-	-	11	-	-	11
Verherrlichung des NS		1	5	-	5	11
Gesamt	10	11	30	4	61	116

Es gab wie im Vorjahr 10 Angriffe, 3 rassistisch und 2 antisemitisch motiviert, aber gemeldete Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien haben auch hier von 4 auf 11 zugenommen, davon waren 7 rassistisch und 2 antisemitisch. Die gemeldeten LGBTIQ*feindlichen Vorfälle blieben gering wie im Vorjahr (7 statt 8, 2017), es waren dafür aber erneut 4 körperliche Angriffe und 3 statt einer Sachbeschädigung. Immer wieder wird hier leider das Mahnmal für die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus beschädigt, 2018 gleich zweimal, außerdem die Infotafel am Magnus-Hirschfeld-Ufer, die an die erste homosexuelle Emanzipationsbewegung und ihre Vorkämpfer erinnert.

Eine Sachbeschädigung in Verbindung mit Hausfriedensbruch richtete sich in Tiergarten aber auch gegen eine muslimische Einrichtung.

Propaganda, zumeist Aufkleber wurden besonders am zu Tiergarten gehörenden Europaplatz vor dem Hauptbahnhof entdeckt, wo zuletzt auch BärGiDa-Kundgebungen stattfanden. Insgesamt blieben Propaganda-Vorfälle in Tiergarten auf dem Vorjahresniveau.

Moabit

In Moabit registrierten wir 81 Vorfälle statt 24 im Vorjahr. Davon waren jedoch 48 Veranstaltungen und zwar die am zu Moabit gehörenden Washingtonplatz stattfindenden vor allem antimuslimisch-rassistisch ausgerichteten BärGiDa-Kundgebungen. Wir haben sie 2018 nach ihrem Kundgebungsstandort Moabit zugeordnet, da die weiterhin angekündigten „Abendspaziergänge“ oft gar nicht mehr stattfanden. Die Zahl der Kundgebungsteilnehmenden ging weiter zurück und beschränkte sich weitgehend auf einen harten, zunehmend verschwörungsmystologisierenden und rechtsextremen Kern von um die 20 Personen. Häufiger waren nun neben rassistischen auch antisemitische Töne zu hören.

Moabit	Angriff	Beleidigung	Propaganda	Sachbesch.	Veranstaltung	Gesamt
Rassismus	1	4	3	1	-	9
Antimuslimischer Rassismus	-	1	2	-	48	51
Anti-Schwarzer Rassismus	-	2	-	-	-	2
Antiziganismus	-	1	-	-	-	1
Antisemitismus	-	3	6	-	-	9
LGBTIQ*-Feindlichkeit	1	1	-	-	-	2
Politischer Gegner	-	-	1	-	-	1
Rechte Selbstdarstellung	-	-	3	-	-	3
Verherrlichung des NS	-	1	2	-	-	3
Gesamt	2	13	17	1	48	81

Angriffe gingen von 4 im Vorjahr auf 2 zurück. Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien nahmen aber auch hier von 7 auf 13 zu und waren zumeist rassistisch (8) und antisemitisch (3) motiviert. Propaganda-Vorfälle wurden auch häufiger gemeldet (17 statt 6).

Wedding

Im Wedding wurden 2018 etwas weniger Vorfälle registriert als 2017, 55 statt 67. Hier halbierten sich ungefähr die Angriffe von 21 im Vorjahr auf 11, jedoch nahmen auch hier Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien von 18 auf 26 zu. Im Alltag ereigneten sich hier 5 rassistische, ein antisemitischer und 6 brutale LGBTIQ*-feindliche körperliche Angriffe und 26 zumeist rassistische Bedrohungen und Beleidigungen, davon hier, wo sich besonders viele Menschen afrikanischer Herkunft angesiedelt haben, auch besonders viel von Anti-Schwarzem Rassismus motivierte Beleidigungen (11). Rassistische Vorfälle insgesamt nahmen auch im Wedding leicht zu. Antisemitische Vorfälle nahmen im Wedding entgegen dem Trend jedoch von 12 auf 4 ab.

Wedding	Angriff	Beleidigung	Propaganda	Sachbesch.	Veranstaltung	Sonstiges	Gesamt
Rassismus	4	8	1	-	-	-	13
Antimuslimischer Rassismus	-	-	2	-	-	-	2
Anti-Schwarzer Rassismus	-	11	2	-	-	-	13
Antiziganismus	-	3	-	-	-	1	4
Antisemitismus	1	-	1	2	-	-	4
LGBTIQ*-Feindlichkeit	6	2	-	-	-	-	8
Politischer Gegner	-	2	1	1	-	-	4
Rechte Selbstdarstellung	-	-	4	-	1	-	5
Verherrlichung des NS	-	-	2	-	-	-	2
Gesamt	11	26	13	3	1	1	55

Gesundbrunnen

In Gesundbrunnen wurden 23 statt 6 Vorfälle 2017 registriert, was jedoch insgesamt vor allem darauf zurückzuführen sein dürfte, dass wir hier etwas mehr Melder_innen gewinnen konnten.

Gesundbrunnen	Angriff	Beleidigung	Propaganda	Gesamt
Rassismus		2	2	4
Antimuslimischer Rassismus			1	1
Anti-Schwarzer Rassismus	1	1		2
Antisemitismus	1	3	1	5
LGBTIQ*Feindlichkeit	2	1		3
Politischer Gegner			2	2
Rechte Selbstdarstellung			4	4
Verherrlichung des NS		1		1
Behindertenfeindlichkeit		1		1
Gesamt	4	9	10	23

Wir erfuhren von 4 statt 2 Angriffen 2017 und von 9 statt 2 Beleidigungen, davon waren jeweils ebenso viele antisemitisch wie rassistisch motiviert. Die Gesamtzahl ist jedoch noch zu gering, um daraus etwas schließen zu können. Die LGBTIQ*feindlichen Angriffe waren jedoch auch hier besonders aggressiv und brutal.

Hansaviertel

Das Hansaviertel ist der Ortsteil mit der geringsten Einwohnerzahl im Bezirk Mitte und mit einer für den Bezirk untypischen Sozialstruktur und kaum Verkehrsknotenpunkten sowie Zentren des öffentlichen Lebens. Hier wurden nur 4 Vorfälle statt 5 im Vorjahr registriert. Der LGBTIQ*feindliche körperliche Angriff fand hier in Tiergarten-Nähe statt. Außerdem erfassten wir eine rassistische Beleidigung und zwei Propaganda-Vorfälle.

Hansaviertel	Angriff	Beleidigung	Propaganda	Gesamt
Rassismus		1	1	2
Antisemitismus			1	1
LGBTIQ*Feindlichkeit	1			1
Gesamt	1	1	2	4

Zu diesen den Ortsteilen zugeordneten Vorfällen, registrierten wir 2 Internet-Vorfälle, die wir keinem Ortsteil zugeordnet haben, beides rassistische Hass- und Droh-Mails, eine davon an einen afrikanisch-diasporischen und muslimischen Verein im Bezirk Mitte.

2.4. Rassistische Veranstaltungen in Mitte

In Berlin-Mitte finden durch die zentrale Lage besonders viele Veranstaltungen statt. Diese konzentrieren sich besonders auf die Ortsteile Mitte, Tiergarten und Moabit, wo viele Regierungsgebäude liegen. Im Jahr 2018 stiegen diese auf 142, gegenüber 84 im Jahr 2017 und 74 im Jahr 2016. 121 Kundgebungen und Demonstrationen waren rassistisch motiviert. Die größeren und die regelmäßigen unter nur diesen rassistischen Veranstaltungen sollen hier etwas genauer betrachtet werden, weil sich anhand ihrer Beobachtung viel über aktuelle Tendenzen ableSEN lässt. So zeigt sich besonders an den Großveranstaltungen, dass sich die unterschiedlichen rechtspopulistischen und radikal und extrem rechten Spektren zunehmend mischen und radikalisieren. Aber auch, dass an den rassistisch-flüchtlingsfeindlichen Kundgebungen und Demonstrationen, die regelmäßig stattfanden, wie von BärGiDa und „Wir für Deutschland“, die Teilnehmendenzahl gegenüber den Vorjahren zurückging und auf niedrigem Niveau stagnierte. Nur zu besonderen Anlässen konnten dann vereinzelt wieder mehr Teilnehmende gewonnen werden, wenn es gelang, wieder ein breites rechtes Spektrum zu mobilisieren. Die Wahlerfolge der AfD tragen bei diesen regelmäßig wöchentlich stattfindenden Veranstaltungen offenbar zu einer Demobilisierung und zu einem Einschmelzen auf kleine radikale Kerngruppen bei, die sich aber bei größeren und Großveranstaltungen wieder untereinander und mit zusätzlich Mobilisierten mischen.

So kamen zu den wöchentlichen Kundgebungen von BärGiDa meist nur um die 20 bis 30 Personen. War die Ausrichtung zunächst eher rechtspopulistisch und vor allem antimuslimisch-rassistisch, wobei von Anfang an auch einige Mitveranstalter und Teilnehmende aus dem extrem rechten Spektrum kamen, so besteht der verbliebene Kern vor allem aus alten und neu radikalierten extremen Rechten und Verschwörungsideologen. Als im Dezember jedoch der extrem rechte sogenannte „Volkslehrer“ Nikolai Nerling, der wegen seiner antisemitischen Youtube-Videos als Lehrer aus dem Berliner Schuldienst entlassen worden ist, als Hauptredner zu hören war, kamen wieder ca. 45 Personen. Er sprach zum Thema: „Wie ist Deutschland noch zu retten?“ und äußerte, ein Volk, das wieder zu Kräften käme, das überwinde „Eindringlinge“ und „Viren“, so seine völkisch-rassistische Anspielung auf „Masseneinwanderung“ und schloss mit antisemitischen Anspielungen. Auch auf anderen BärGiDa-Kundgebungen wie auch anderen flüchtlings- und einwanderungsfeindlichen Veranstaltungen kam es zu antisemitischen Äußerungen: So wurde häufig verschwörungsideologisch auf den US-amerikanischen Investor jüdisch-ungarischer Herkunft und Gründer der liberalen Open Society Foundation, George Soros verwiesen wird, der hinter angeblichen „Umvolkungsplänen“ durch Einwanderungspolitik stecke. Gelegentlich war aber auch ganz altmodisch von den „Rothschilds“ zu hören.

Bei der aus BärGiDa hervorgegangenen extrem rechten Gruppierung „Wir für Deutschland“ zeigte sich der Mobilisierungsrückgang auf ihren wöchentlichen Aufmärschen gegenüber den Vorjahren noch deutlicher. Sie stellte enttäuscht im April 2018 ihre regelmäßigen „Merkel muss weg“-Demos ein. Zu drei besonderen Anlässen konnte sie jedoch auch 2018 ein breites extrem rechtes Spektrum mobilisieren: Am 3.3. folgten ihrem Aufruf „Nein zur GroKo“ ca. 500 Teilnehmende überwiegend aus dem extrem rechten und neofaschistischen Spektrum, aber auch Mitglieder und Anhänger_innen der AfD. Teilnehmende skandierten Parolen wie „Nationaler Sozialismus – jetzt“ und „Ruhm und Ehre der deutschen Nation“. Ein sächsischer Neonazi sagte auf dem Lautsprecherwagen, man wolle die Bundesrepublik „auf dem Müllhaufen der deutschen Geschichte“ entsorgen. Unter den Redner_innen befanden sich auch AfD-Mitglieder. Einige Teilnehmer des Aufmarsches zeigten den Hitlergruß. Journalist_innen wurden am Rande des Aufzugs immer wieder von Teilnehmenden beleidigt und bedrängt. Ein Teilnehmer trug zudem Plakate mit offen antisemitischen Karikaturen.

Am 3.10. folgten ihrem Aufruf zum „Tag der Nation“ über 1000, nach Meldungen der Polizei und einiger Medien bis zu 2000 Rechte. Neonazis, Rechtsradikale und Hooligans mischten sich dabei mit äußerlich unauffälligen Teilnehmer_innen. Es wurden organisierte Rechtsextreme aus Kameradschaften, der NPD, der neonazistischen Partei „Der III. Weg“, der „Bürgerwehr“-Gruppe „Soldiers of Odin“, der „Identitären Bewegung“, Personen aus dem Reichsbürger-Spektrum, rechte Hooligans, Anhänger_innen rechter Splittergruppen und islam- sowie flüchtlingsfeindlicher Initiativen gesichtet. Myriam Kern vom Protestbündnis „Kandel ist überall“ sagte als Rednerin auf der Abschlusskundgebung: „U-Boote, die nach der Agenda von diesen Globalisten und dieser Finanzelite“ handelten, seien für die „Abschaffung“ der Deutschen verantwortlich: „Wir akzeptieren nicht Kahane und Soros, die uns unser Land wegnehmen wollen.“ Es wurden auch „Hitlergrüße“ gezeigt und am Rande der Demo kam es zu einem rassistischen Angriff, weiteren Angriffen auf Gegendemonstrant_innen und Bedrohungen der Presse.

Geringer war die Beteiligung am „Wir für Deutschland“-Aufmarsch durch Mitte am Jahrestag der Pogromnacht am 9.11. Unter den ca. 100 Teilnehmenden waren Symbole der extrem rechten „Identitären Bewegung“, der neonazistischen Kleinpartei „III. Weg“ und der NPD sowie der „Soldiers of Odin“ aus der Kameradschaftsszene zu sehen. Den demokratischen Parteien und dem DGB wurde in Reden und dem Frontransparen: »Sie brachten uns den Terror« auf rassistisch verallgemeinernde Weise vorgeworfen, durch ihre Flüchtlingspolitik Terror und Kriminalität nach Deutschland gebracht zu haben. Der Berliner Innensenator Andreas Geisel erklärte: „Die Provokation, die von dieser Demonstration in Richtung der Opfer und ihrer Nachfahren ausgeht, ist gewollt und wird bewusst eingesetzt. Hier sollen kontinuierlich die roten Linien Richtung rechts verschoben werden.“⁵

Ebenfalls aus BärGiDa ging die ebenso extrem rechte Gruppierung „Hand in Hand“ hervor. Sie versucht sich in einer sozialpolitischen Mobilisierung, die sie mit rassistisch-flüchtlings- und einwanderungsfeindlicher Hetze verbindet: Sozialpolitik nur für die völkisch-nationalistisch verstandenen Deutschen, statt ‚teurer‘ Migrationspolitik. Ihre als „Großdemo“ beworbene Kundgebung am 13.12. erreichte jedoch nur 20 Teilnehmende.

Unter dem gleichen Slogan „Merkel muss weg“, wie bei den „Wir für Deutschland“-Aufmärschen findet jede Woche auch eine Kundgebung einiger Kreisverbände der AfD-Brandenburg, einer Gruppierung um die Internet-Plattform „Merkel muss weg - Mittwoch“ und des Brandenburger AfD-Landtagsabgeordneten Franz Wiese vor dem Bundeskanzleramt statt. Oftmals war auch der nach extrem Rechts offene „Zukunft Heimat e.V.“ aus Cottbus beteiligt, an dessen eigenen Aktivitäten in Cottbus und Südbrandenburg auch häufig Angehörige der vom Bundesverfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften „Identitären Bewegung“ und der neofaschistischen Kameradschaftsszene teilnehmen.⁶ Diese wöchentlichen Kundgebungen wurden durchschnittlich von 20 bis 30 Teilnehmenden besucht. Wenn in den Reden auf diesen rechtspopulistischen Kundgebungen auch etwas vorsichtiger formuliert wird, Thematisierungen und die Argumentationslogik, ihre diskursive Ordnung mit einem völkisch-nationalistischen „Wir“ - „das Volk“ versus „die Anderen“ - Migrant_innen und alle Anders-Denkende - ist weitgehend die gleiche: Sozialpolitik für völkisch-nationalistisch verstandene Deutsche, statt Migrationspolitik, rassistisch pauschalisierende Warnungen vor „Ausländerkriminalität“ durch den Zuzug von Geflüchteten und auch Verweise auf einen „Bevölkerungsaustausch“ „durch Merkel“ fehlten nicht. Auch die Ablehnung der „Gender-Ideologie“ und die Leugnung der Klimakrise wurden häufiger in diese „Wir“-„die Anderen“-Logik eingebaut.

5 Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport vom 07.11.2018 zur Begründung eines schließlich aufgehobenen Versammlungsverbots.

6 Zur Einschätzung des Zukunft Heimat e.V. durch den Brandenburger Verfassungsschutz siehe Potsdamer Neueste Nachrichten vom 13.08.2018 und rbb 24 exklusiv/ARD-Magazin „Kontraste“ vom 13.08.2018

Zu einigen Demonstrationen konnten aber auch 2018 wieder viele zur Teilnahme mobilisiert werden. So am 20.5. auf einer Sternfahrt mit Kundgebung am Brandenburger Tor der „Biker für Deutschland“ in Kooperation mit dem „Frauenbündnis Kandel“ „für den Schutz unserer Frauen, Kinder und Senioren ...“, wie es im Aufruf scheinbar unverfänglich hieß, mit rund 1000 Beteiligten. Doch der Sprecher von „Biker für Deutschland“ sprach in seiner Rede dann von „volksschädigender Asylpolitik“ und prangerte den angeblichen deutschen „Schuldkult“ an. Wenn es in Aufrufen auch nur hieß: „Wir wollen auf die Missstände gegen Frauen, Kinder und alten Menschen aufmerksam machen! Deutschland retten für Eure Kinder!“ war die rassistisch-flüchtlingsfeindliche Orientierung doch klar.



Litfaßsäule am Leopoldplatz

Die meisten Demoteilnehmer_innen wurden 2018 in Mitte aber auf der AfD-Demonstration am 27.5. unter dem Motto „Zukunft für Deutschland – für Freiheit und Demokratie“ mit rund 5000 Beteiligten im Berliner Regierungsviertel erreicht. Führende Politiker_innen der AfD warnten vor einer „Islamisierung“ Deutschlands. Bundesvorstandsmitglied Beatrix von Storch sagte bei der Auftaktkundgebung: „Die Herrschaft dieses Islam in Deutschland ist nichts anderes als die Herrschaft des Bösen“. Über den Fußball-Nationalspieler Mesut Özil sagte sie: Er sei „trotz seines deutschen Passes kein Deutscher“, weil er die Nationalhymne nicht singen wolle und sich mit dem türkischen Präsidenten Erdogan getroffen habe. Co-Vorsitzender Alexander Gauland sagte auf der Abschlusskundgebung, die etablierten Parteien „lieben die Fremden, nicht uns, nicht euch, nicht die Deutschen.“ Auf Schildern und Transparenten waren AfD-Slogans wie „Grenzen schützen“, „Kein Pass – kein Eintritt“ oder „Der Islam gehört nicht zu Europa“, aber auch „Arbeit muss sich wieder lohnen“ zu lesen. „Krieg gegen das Deutsche Volk“ beklagte ein Teilnehmer auf einem Schild, „Merkel schafft uns ab“, hieß es auf einem anderen. „Von der Demo ging aber auch ein körperlicher Angriff auf eine Gegendemonstrantin aus.“

Am 9.6. fand dann der zweite „Frauenmarsch“ statt, zu dem die AfD-Mitarbeiterin im Bundestag Leyla Bilge unter dem Motto „Wir sind kein Freiwild..., Nirgendwo!!!“ aufgerufen hatte. Unter den diesmal etwa 350 Demonstrant_innen waren jedoch nur rund ein Drittel Frauen. Der erste „Frauenmarsch“ am 17.2. durch Kreuzberg, der durch Gegendemonstrationen gestoppt worden war, hatte noch ca. 1200 Teilnehmende gefunden mit einem Frauenanteil von rund 40 Prozent. Für eine rechte Demo war das außerordentlich viel.

Auf beiden „Frauenmärschen“ waren neben dem dominierenden AfD- und Pegida-Spektrum auch viele extrem Rechte diverser Gruppierungen zu sehen, deren deutliche Symbole offenbar geduldet wurden. Auf Schildern war z. B. zu lesen: „Massenzuwanderung ist auch Völkermord“, aber auch antisemitische Stereotype einer geheimen Weltverschwörung wurden bedient. Die Stoßrichtung der Reden am 9.6. war jedoch vor allem deutlich antimuslimisch-rassistisch.

Am 17.6. war wieder der Brandenburger AfD-Abgeordneten Franz Wiese auch Aufrufer in Berlin zum „Tag der Patrioten“, an dem bundesweit extrem rechte Veranstaltungen und Kundgebungen stattfanden, die den Jahrestag des Volksaufstands in der DDR von 1953 zu vereinnahmen versuchten. Seinem Aufruf folgten an diesem Sonntag etwas mehr als 60 Personen, die unter AfD-Transparenten in Chören „Nürnberger Prozesse 2.0“ forderten. Ein Teilnehmer beklagte nun auf Schildern die Umsetzung des „Hooton- und Kalergi-Plans“, eine angeblich „amerikanisch-zionistische“ Verschwörung, die auf die Vernichtung der Deutschen durch „Rassenvermischung“ ziele. Auch der extrem rechte Eric Graziani, häufig Redner bei den „Wir für Deutschland“-Kundgebungen, zeigte sich als Anhänger dieser Verschwörungstheorien, als er der italienischen Lega Nord die Anerkennung dafür aussprach, sich durch Abweisung von Geflüchteten dem „Kapitalismus der Rothschilds“ widersetzt und damit das Überleben des „eigenen Volkes“ gesichert zu haben.

Franz Wiese war auf Kundgebungen in Berlin auch der erste, der die zuerst von der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ thematisierte Dämonisierung des „Vertrag für sichere, geordnete und geregelte Migration“ der Vereinten Nationen aufgriff. Mit diesem UN-Pakt erklärten die Vertragsstaaten u. a. ihre Absicht, gegen die Diskriminierung von Zuwanderer_innen zu kämpfen und sich insbesondere um die Lage von Frauen und Kindern kümmern zu wollen. Überdies sollen Migrant_innen Zugang zu sozialen Sicherungssystemen bekommen. Daraus wurde dann die paranoide Dämonisierung der „Masseneinwanderung“ in „unsere“ Sozialsysteme. Seine wöchentlichen Kundgebungen fanden nun ab dem 31.10. unter dem Motto „Merkel muss weg - Migrationspakt stoppen!“ statt und die Beteiligung stieg zunächst wieder etwas, am 31. 10. Sogar auf 60 Teilnehmende. Die Stoßrichtung wurde dann schnell von anderen aufgegriffen, so auf den BärGiDa-Kundgebungen, die nun auch auf den UN-Migrationspakt fokussierten. Am 5.11. konnten sie gemeinsam mit „Wir für Deutschland“ auch wieder ca. 45 Personen zu ihrem Aufmarsch mobilisieren und auf der Kundgebung ergänzte einer der Redner die üblichen antimuslimisch-rassistischen Verschwörungsmythen auch wieder antisemitisch: Hinter dem UN-Migrationspakt stünden „Rockefeller, Rothschild, Soros und Chodorkowski“. Bei ihren weiteren Kundgebungen gingen ihre Teilnehmendenzahlen jedoch wieder schnell zurück.

Dafür rief die AfD-Politikerin Leyla Bilge zur flüchtlingsfeindlichen Demonstration am 11.11. unter dem Motto „Nein zum Migrationspakt – Sicherheit für Deutschland“ auf und ca. 500 Personen folgten. In vielen Reden auf den Demo-Kundgebungen wurden Bilder von „apokalyptischen Einwanderungsströmen“ durch den UN-Pakt beschworen und wurden rassistisch verallgemeinernd Flüchtlinge als Bedrohung für die innerer Sicherheit Deutschlands hingestellt.

So war auf einem Plakat zu lesen: „Dieser Pakt ist Völkermord!“ Ein Schild mit der Aufschrift „auch keine Lust auf Pogrome – Remigration!“, ließ sich auch als Gewaltandrohung verstehen. In Chören war zu hören: „Merkel hat das Land gestohlen / Gib es wieder her / Sonst wird dich der Sachse holen / Mit dem Luftgewehr“. Unter den Sängern war auch der Bautzener AfD-Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse zu sehen.⁷ Ein Demonstrant zeigte sich mit einer blauen Kornblume an der Jacke. Die hatte zuvor bereits der 2017 aus der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ausgeschlossene Abgeordnete Andreas Wild ausgerechnet bei der Gedenkstunde im Abgeordnetenhaus anlässlich der Pogromnacht am 9. November vor 80 Jahren, wie auch später bei der Gedenkfeier am Holocaust-Mahnmal an der Jacke getragen. Blaue Kornblumen dienten zwischen 1933 und 1938 in Österreich als Erkennungszeichen der damals verbotenen Nationalsozialisten und waren bereits zuvor ein Zeichen der deutsch-nationalen und antisemitischen Schönerer-Bewegung in Österreich. Die AfD-Mitarbeiterin im Bundestag Leyla Bilge hatte zuvor bereits in ihrem als Demo-Aufruf am 4.11. bei Facebook hochgeladenen Videobeitrag auf bedrohliche Weise Ängste insbesondere mit den Mitteln eines Anti-Schwarzen Rassismus geschürt. So sagt sie: „Was uns hier in Europa und in Deutschland erwartet, dass könnt ihr euch in euren schlimmsten Träumen nicht ausmalen. Massenvergewaltigungen (...) wird es tagtäglich geben. Und nicht als Einzelfälle tagtäglich, sondern mehrmals am Tag werden Massenvergewaltigungen von deutschen jungen Mädchen stattfinden. Und werden nicht nur geschändet, sondern ihr werdet eure Töchter an den Bäumen hängen sehen. (...) Denn keiner dieser Männer, und auch nicht aus dem schwarzafrikanischen Kontinent wird zuhause bleiben, sie werden alle nach Deutschland kommen. Und sie haben ab dem ersten Tag Zugang in unsere Sozialsysteme. Das System wird hier komplett zusammenbrechen. Es wird hier Bürgerkrieg geben.“ Der Migrationspakt sei „der Untergang der deutschen Nation, das ist der Untergang der europäischen Kultur und Identität. Denn es werden nicht nur Männer aus dem Nahen Osten kommen, sondern vor allem auch aus dem schwarzafrikanischen Kontinent.“⁸

Eine weitere große Demonstration unter dem Motto: „Migrationspakt stoppen - Merkel muss weg“ fand am 1.12. mit rund 1000 Teilnehmenden statt. Aufgerufen hatten neben Pegida Dresden auch der Verein „Pro Mitsprache“ aus Dresden, die „Zukunft Heimat“ aus Cottbus, die rassistisch-flüchtlingsfeindliche Initiative „Kandel ist überall“, der „Merkel muss weg-Mittwoch“ um den Brandenburger AfD-Landtagsabgeordneten Franz Wiese und das Monatsmagazin Compact. Unter den Teilnehmenden befanden sich Neofaschisten, Reichsbürger, Mitglieder der „Identitären Bewegung“ sowie hochrangige Politiker_innen der AfD. In Redebeiträgen wurden rassistische Verallgemeinerungen über Migrant_innen und Verschwörungsmythen über die UN-Migrationsvereinbarung verbreitet. So war von „Austausch“ und „Volkstod“ die Rede und auf Schildern war zu lesen: „Invasion stoppen!“ Eine Person war mit Symbolen der militärischen neofaschistischen Organisation „Combat 18“, nach ihrem eigenen Selbstverständnis dem bewaffneten Arm der verbotenen faschistischen Gruppierung „Blood & Honour“ zu sehen.

Zum Jahresende konnte schließlich in Berlin wie deutschlandweit beobachtet werden, dass in einem breiten rechten Spektrum die gelben Westen, das Symbol der französischen Sozialproteste, für eine Kampagne gegen Geflüchtete und Migrant_innen instrumentalisiert wurden. Es wird versucht, weitere Unzufriedene, die ihre soziale Lage als bedroht wahrnehmen, zu gewinnen, indem soziale Fragen völkisch-nationalistisch reartikuliert und rassistisch mit Einwanderung verknüpft werden. So bildete sich eine Gruppierung „Gelbe Westen Berlin“, deren Kern weitgehend aus extrem Rechten besteht, die bislang als „Deutsche Patrioten“ und „Patriotic Opposition Europe“ auftraten.

7 Sächsische Zeitung vom 13.11.2018

8 Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (mbr), <https://www.facebook.com/leyla.bilge.737/videos/139851120313692/>

Am 22. 12. veranstalteten sie eine Kundgebung am Platz der Republik unter dem Motto „Gelbwesten Berlin - Deutschland macht dicht“ mit rund 40 Teilnehmenden. Auf Plakaten war von „Volkstod“ und „Volksverrätern“ zu lesen. Auf der Kundgebung war nicht nur von „Migrationspakt stoppen“ die Rede, sondern auch von „Systemsturz“. Beteiligt waren auch Reichsbürger_innen und die extrem rechten „Soldiers of Odin“ stellten die Ordner. Diese Kundgebungen finden seitdem regelmäßig statt.

Auch wenn hier nur die größeren sowie die regelmäßigen rassistischen Veranstaltungen in Mitte in den Blick genommen wurden, stützen diese Beobachtungen die These, dass sich die verschiedenen rechtspopulistischen und extrem rechten Spektren zunehmend vermischen und radikalisieren. Themen, Motive, Ideologien und Diskursformen diffundieren zwischen den verschiedenen rechten Spektren und vermischen sich ebenso.⁹ Ideologieversatzstücke und Aktionsformen der sogenannten Neuen Rechten verbinden sich mit alten rechtsextremen Ideologien und vielfach auch mit antisemitischen Verschwörungsmythen und rechtspopulistischen Politikformen. Das übergreifende Gemeinsame der verschiedenen Subspektren ist jedoch ein völkischer Nationalismus, wenn dieser auch unterschiedlich deutlich ausgesprochen wird und so im Rechtspopulismus der AfD eher als „autoritärer Nationalradikalismus“¹⁰ erscheint. Übergreifend ist ebenso damit verbunden die starke Tendenz zur Projektion aller realen sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedrohungen auf die Bedrohung durch „Überfremdung“ durch paranoid dämonisierte Migration. Sie wird besonders mit allen Stereotypen des Anti-Schwarzen und antimuslimischen Rassismus gepflegt, ängstigt sich vor der Einwanderung in ‚unsere‘ Sozialsysteme und findet ihre Schreckgestalt im eingewanderten Mörder ‚unserer‘ Frauen.

Gleichzeitig manifestiert sich diese Projektion jedoch auch in Überfremdungsangst durch die „Gender-Ideologie“ und die „Globalisten“. In der Willkommenskultur Engagierte, Grüne, linke Internationalist_innen, Antifaschist_innen und alle Anhänger_innen demokratischer „Parteien und deliberativer und teilhabeorientierter Demokratie werden hier tendenziell als „Globalisten“ zu einem Block zusammengeschmolzen mit den neoliberalen Eliten. Sie alle werden als „volksfremd“ und „Volksverräter“ diskursiv aus dem Volk ausgebürgert wie alle Schwarze und muslimische Deutsche, und mindestens auch all die Menschen des LGBTIQ*-Spektrums, die sich mit Diskriminierungen nicht abfinden wollen. Vor ihnen allen droht der „Volkstod“ durch diese „Umwölkung“ durch den „großen Austausch“.

Wenn die Teilnehmendenzahlen dieser beschriebenen Kundgebungen und Demonstrationen sich auch in Grenzen hielten und bei den regelmäßigen Kundgebungen stagnierten oder sogar zurückgingen, so erreichten ihre menschenfeindlichen Botschaften doch wesentlich mehr Menschen, als nur die Teilnehmenden, denn die Kundgebungsreden werden zunehmend per Videostreams online verbreitet und auf diversen rechten Internet-Plattformen geteilt und kommentiert. Es dient dann in den diversen rechten Internetblasen um Blogs und Chats zur gegenseitigen Selbstbestätigung, gewinnt durch die AfD in den Parlamenten breitere Medienöffentlichkeit.

⁹ Hajo Funke hat 2016 das Entstehen einer Mischeszene im Umfeld von BäGiDa ähnlich beschrieben, in: „Von Wutbürgern und Brandstiftern“, Berlin 2016. Doch die ideologische Vermischung ist viel ausgebreiter, überlebt den Bedeutungsverlust einzelner Gruppierungen und ermöglicht so schnelle personelle Übergänge zwischen den politischen Subszenen der gesamten völkisch-nationalistischen Mischeszene.

¹⁰ Wilhelm Heitmeyer: „Autoritäre Versuchungen“, Berlin 2018



Was sich hier gegenseitig in seinem Glauben bestätigt, manifestiert sich dann im Alltag in den erhöhten Fallzahlen. Ist der Glaube an den drohenden „Volkstod“ aber schließlich zum abgeschlossenen ideologischen System gegen alle Widersprüche des realen Lebens abgedichtet, dann kann es konsequent in dieser extrem rechten Logik doch nur noch heißen: „Wir oder die!“ Der jüngst von einem Neonazi, der wahrscheinlich der militanten Gruppe „Combat 18“ angehörte, 2019 ermordete Kassler Regierungspräsident Walter Lübcke war dann auch kein Einzelfall. Nach Tagesspiegel- und Zeit-Online-Recherchen wurden seit 1990 mindestens 169 Menschen in Deutschland von extrem Rechten getötet.¹¹ Die Amadeu Antonio Stiftung (AAS) zählte bis Oktober 2017 sogar 188 Todesopfer extrem rechter Gewalt und 12 Verdachtsfälle.

2.5. Extrem rechte Organisationen im Bezirk Berlin Mitte

Diese oben beschriebene radikal rechtspopulistische bis extrem rechte Mischszene, die häufig in Submischszenen verfällt, sich ebenso häufig wieder in neuen Gruppierungen neuzusammensetzt, scheint aktuell die dominante Aggregatform der radikalen und extremen Rechten in Berlin. Diese Submischszenen und ihre Gruppierungen sind locker um Einzelpersonen, kleine Kerngruppen, Internetplattformen und Bündnisse für Kundgebungsreihen gebildet. Erfahrene und actionsorientierte Kader, die früher bei Kameradschaften oder neofaschistischen Organisationen waren, spielen in ihnen durchaus eine Rolle. Übergreifende ideologische Gemeinsamkeiten ohne feste Organisationsstrukturen ermöglichen schnelle personelle Übergänge zwischen diesen Submischszenen innerhalb der gesamten völkisch-nationalistischen Mischszene. Größenmäßig stagnieren die meisten kleinen Gruppierungen eher oder schmelzen sogar ab. Sie erreichen jedoch gleichzeitig dort, wo sie sich mit AfD-Mobilisierungen verbinden können und sie ihre Aktionen und Ideologeme über Internet verbreiten, mehr Menschen.

11 <https://www.tagesspiegel.de/politik/interaktive-karte-todesopfer-rechter-gewalt-in-deutschland-seit-der-wiedervereinigung/23117414.html>

Gegenüber dieser Politikformen und vor allem den Erfolgen der AfD haben es die neonazistischen Kleinparteien schwer. Die NPD ist berlinweit stark geschwächt und tritt in Mitte kaum noch auf. Ihre Bezirkswebsite wird von der NPD Reinickendorf mitgestaltet. Öffentlich trat sie in Mitte 2018 lediglich mit zwei Schutzonen-Aktionen gegen „importierte Kriminalität“ vor dem Hauptbahnhof und im Tiergarten in Erscheinung. Dabei bedrohten sie Rom_nja¹² unter ihnen Minderjährige, filmten sie ungefragt und stellten die Filme auf ihre Facebook-Seite.

Die noch deutlicher neonazistischen Kleinparteien „Die Rechte“ und der „III Weg“ waren zwar noch in einigen wenigen Ostberliner Bezirken, aber in Mitte gar nicht mehr aktiv. Einige ihrer Mitglieder nahmen zwar als Einzelpersonen oder Kleingruppen und gelegentlich auch mit Parteisymbolen an kleineren und größeren rassistischen Veranstaltungen in Mitte teil, aber nie als sichtbarer Block.

Eine größere Bedeutung hat die „Identitäre Bewegung“ (IB).¹³ Die IB Deutschlands ist Teil eines seit 2002 europaweit agierenden Netzwerkes mit größtem Anhang in Österreich und Frankreich, das eine ethnopluralistisch-kulturrassistische Ideologie vertritt, nach der das „christlich-abendländische“ Europa von „Überfremdung“ und „Durchmischung“ durch die Zuwanderung „kulturfremder“ Menschen, allen voran durch Muslime, bedroht sei. Viele ihrer bekanntesten Aktivisten und konzeptiven Ideologen entstammen jedoch dem militärischen Neonazismus, haben jedoch die deulichen Bezüge zum nationalsozialistischen Faschismus abgelegt und beziehen sich stattdessen auf die Autoren der „konservativen Revolution“. Sie sind in Deutschland auch eng mit dem Institut für Staatspolitik und der Zeitschrift „Sezession“ um Götz Kubitschek vernetzt. International bestehen aber auch enge Verbindungen zur offen faschistischen Casa-Pound-Bewegung in Italien. Trotz einem Unvereinbarkeitsbeschluss der AfD bestanden und bestehen zwischen Teilen der AfD und der IB vielfach enge Kontakte und sind immer wieder in der kritischen Medienöffentlichkeit Mitglieder der AfD und besonders der Jungen Alternative (JA) als mindestens zeitweilige IB-Aktivisten benannt worden, darunter mehrere Mitarbeiter der AfD-Bundestagsfraktion und von mehreren Landtagsfraktionen.



12 Rom_nja ist die gegenderte Form von Roma

13 Einen ausgezeichneten und relativ aktuellen Überblick bietet: Andreas Speit (Hg.): „Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten“, Berlin 2018

Als in Deutschland zwar eher mitgliederschwache, aber gut vernetzte Gruppe, gelang es einigen ihrer Führungspersonen mehrfach, Thematisierungen und Diskursstrategien innerhalb der Rechten mitzuprägen und dabei eine Art ideologischer Scharnierfunktion zwischen Rechtspopulismus, neurechten Intellektuellen und den extrem rechten Szenen einzunehmen. So waren es IB-Intellektuelle, welche die Ideologie vom „Großen Austausch“, der „Umwaltung“ des den französischen Identitären nahestehenden Autors Renaud Camus in Deutschland verbreiteten.¹⁴ Sie erkannten auch als erste, welche Möglichkeiten der UN-Migrationspakt zur rassistischen Angstmache bieten könnte und verbreiteten dies schnell quer durch die rechten Szenen in Deutschland und Europa. Im Juli 2019 hat der Bundesverfassungsschutz die IB jedoch nicht mehr nur als rechtsextremistisch, sondern als rechtsextremistisches Beobachtungsobjekt eingestuft. Damit können gegen sie nun auch nachrichtendienstliche Mittel eingesetzt werden. Es wird zu beobachten sein, ob sie unter diesen Bedingungen diese Scharnierfunktion weiterhin ausfüllen kann.

Dass die IB, personell und aktionsorientiert gesehen, in Deutschland jedoch ein Scheinriese geblieben ist, wird in Berlin besonders deutlich. Seit sie hier aktiv ist, ist sie von 20 auf höchstens 40 Mitglieder gewachsen. Noch 2017 musste sie für etwas größere Aktionen in Berlin Kader aus dem Bundesgebiet und sogar aus Österreich heranschaffen. 2018 gingen vor ihr in Berlin keine größeren Aktionen mehr aus. In Mitte registrierten wir nur zwei rassistisch-flüchtlingsfeindliche Flashmobs mit ca. 25 und knapp 30 Beteiligten und eine Kundgebung vor der britischen Botschaft zugunsten eines gerichtlich verurteilten extrem rechten Aktivisten und Journalisten eines extrem rechten Nachrichtenportals mit ca. 15 Beteiligten und 21 Propagandavorfälle mit meistens verschiedenen Aufklebern. Ansonsten wurden kleine IB-Gruppen bei den großen rassistischen Demos gesehen, Einzelpersonen gelegentlich auch bei den kleineren rassistischen Kundgebungen. Mit der Kampagne 120 Dezibel bzw. #120db versuchte die IB zwar eine breitere Öffentlichkeit zu erlangen. In einem tausendfach geklickten Video riefen bekannte Aktivistinnen der Gruppe zu einem rechtem #metoo auf. Frauen sollten dort Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt von als Fremde wahrgenommenen Tätern veröffentlichen. In diesem Zusammenhang rief die IB auch zu den beiden „Frauenmärschen“ durch Kreuzberg und Mitte auf. Dennoch wurden auch dort nur wenige IB-Aktivist_innen gesichtet.

Wenn die neonazistischen Parteien auch geschwächt worden sind und die übrigen extrem rechten Gruppierungen und Netzwerke personell auch eher stagnieren, erreichen diese letzteren doch mehr Menschen darüber, dass sie auch bei großen AfD-Mobilisierungen teilnehmen und sie ihre Aktionen und Ideologeme besser über Internet verbreiten und dies auf ihren Internetplattformen auch mehr zustimmend kommentiert wird. Das kann mit dazu beigetragen haben, dass Hemmschwellen gefallen sind, wie sich an den 2018 besonders angestiegenen rassistischen und antisemitischen Angriffen und Beleidigungen zeigt. Sie gehen weniger von den Aktionen organisierter Rechter aus, sondern ereignen sich im Alltag - beim Einkaufen, an öffentlichen Plätzen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, an Schulen. Sie gehen auch enthemmter von der Mitte der Gesellschaft aus, wenn das politische Klima rauer wird, sich Einstellungen in Teilen der Bevölkerung weiter nach rechts verschieben und damit Ängste vor gesellschaftlichen Veränderungen verschärft gegen alles als ‚fremd‘ Wahrnehmene gerichtet werden. Es besteht also leider kein Grund zur Entwarnung.

14 Das Buch Renaud Camus erschien in Götz Kubitscheks Verlag Antaios als „Revolte gegen den Großen Austausch“, Schnellroda 2016 (frz. 2011)

2.6. Zivilcourage

Abschließend soll jedoch noch auf etwas hingewiesen werden, was Mut machen kann. Bei immerhin 36 Vorfällen, alles Angriffen und Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, haben Passant_innen und Zeug_innen Zivilcourage gezeigt und haben versucht, auf verschiedene Weise gegen Angreifer_innen und Pöbler_innen einzuschreiten. Jedoch wurden einige von ihnen dadurch auch selbst attackiert. Auch unsere engagierten Melder_innen von Propaganda-Vorfällen sind zumeist aktiv bei der Entfernung von diskriminierenden Aufklebern und Graffitis.

Doch so unverzichtbar Zivilcourage auch ist, es braucht auch einen weiteren Ausbau von Antidiskriminierungsmaßnahmen und Fördermitteln zur Demokratieförderung, zur Sichtbarmachung und Überwindung von allen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung und zur besseren Finanzierung von Beratungsstellen für die Opfer.



KONTAKTADRESSEN UND BERATUNGSANGEBOTE



3. KONTAKTADRESSEN UND BERATUNGSANGEBOTE

Für Betroffene und Zeug_innen von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gibt es verschiedene Beratungsangebote, die allesamt kostenlos sind. Das Spektrum reicht von Rechtsberatung, über Sozialberatung und Begleitervices bis hin zur psychotherapeutischen Betreuung bei traumatisierten Gewaltopfern.

Sie können sich immer gerne an die **Registerstelle Berlin-Mitte** wenden:

Registerstelle Berlin-Mitte bei NARUD e.V.

Brüsseler Str. 36, 13353 Berlin

Tel.: (030) 40757551

Mobil: 0157/76318728

Mail: register@narud.org

Internet: www.register.narud.org

APP: www.register-app.de

3.1 ANLAUFSTELLEN DES REGISTERS BERLIN-MITTE

Antidiskriminierungsberatung Alter oder Behinderung

Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.

Littenstraße 108, 10179 Berlin

(030) 27 59 25 27 und (030) 27 87 56 91

<http://lv-selbsthilfe-berlin.de/antidiskriminierungsberatung>

Ban Ying e.V. Koordinations- und Beratungsstelle gegen Menschenhandel

Tätigkeit: Fachberatungsstelle gegen Menschenhandel, Einwanderinnen aus Südostasien

Anklamer Strasse 38, 10115 Berlin

(030) 44 06 373 und (030) 44 06 374

www.ban-ying.de

Basta! Erwerbsloseninitiative Berlin

Tätigkeit: Beratung und Begleitung zum Jobcenter

Schererstraße 8, 13347 Berlin

www.basta.blogspot.eu

Das Lotsenprojekt „Die Brücke“

Tätigkeit: allgemeine, mehrsprachige Beratung für Migrant_innen, Begleitdienste

Bildungszentrum Waldenserstraße

Waldenserstraße 2 – 4, 10551 Berlin

Tel. (030) 39 73 91-0

www.bildungsmarkt.de

Vor-Ort-Büros des Lotsenprojekts „Die Brücke“

Wedding

Müllerstraße 158, 13353 Berlin

(030) 60 50 30 98

Wedding

Hochstädtter Straße 16, 13347 Berlin

(030) 45 02 08 15

Gesundbrunnen

Putbusser Straße 27, 13355 Berlin

(030) 50 34 41 48

Moabit

Beusselstraße 80, 10553 Berlin

(030) 34 09 64 26

Gesundbrunnen

Koloniestraße 35 A, 13359 Berlin

(030) 48 47 80 64

Demokratie in der Mitte - Partnerschaften für Demokratie in Wedding & Moabit.

Tätigkeit: Beratung, Fortbildungen und Vernetzung zu den Themen Demokratie und Antidiskriminierung
Vor-Ort-Büro in der Fabrik Osloer Straße e.V.
Osloer Straße 12, 13359 Berlin
Erdgeschoss, Alte Werkstatt, Eingang 2
(030) 495 005 26
www.demokratie-in-der-mitte.de

Gangway e.V. Team Wedding

Tätigkeit: Straßensozialarbeit
Buttmannstraße 15, 13357 Berlin
(030) 462 64 80
www.gangway.de

JMD promigra Mitte**CJD Berlin-Brandenburg**

Tätigkeit: Beratung, Bildung und Begleitung für junge Migrant_innen
Sickingenstraße 20-28, 10553 Berlin
(030) 4403296-3
www.jugendmigrationsdienste.de

Kulturen im Kiez e.V.

Tätigkeit: Beratung für Zuwandererfamilien aus Süd-Ost-Europa, Mädchenarbeit mit Romnija
Utrechtter Straße 36, 13347 Berlin
(030) 983 277 67
www.kulturen-im-kiez.de

Opferhilfe Berlin e.V.

Tätigkeit: Beratung nach Gewalttaten, Zeug_innenbetreuung, Traumafachberatung, Fremdsprachige Beratung
Oldenburger Straße 38, 10551 Berlin
(030) 395 28 67
www.opferhilfe-berlin.de

Transaidency e.V.

Tätigkeit: Antidiskriminierungsarbeit, Humanitäre Hilfe
Turmstraße 70, 10551 Berlin
(030) 99212536
www.transaidency.org

Wendepunkt gGmbH

Tätigkeit: Begleitung, Betreuung und Unterstützung von Senior_innen, Migrant_innen und Kindern in sozialen, schulischen und alltäglichen Angelegenheiten
Gottschedstr. 4, 13357 Berlin
(030) 50 57 14 24
www.team-wendepunkt.de

3.2 BERATUNGSSTELLEN

Opferhilfe Berlin e.V.

Tätigkeit: Beratung nach Gewalttaten, Zeug_innenbetreuung, Traumafachberatung,
Fremdsprachige Beratung
Oldenburger Straße 38, 10551 Berlin
(030) 395 28 67
www.opferhilfe-berlin.de

Gewaltschutzambulanz der Charité – Universitätsmedizin Berlin

Tätigkeit: rechtsmedizinische Begutachtung und Dokumentation von sichtbaren Verletzungen
Birkenstraße 62, Haus N, 10559 Berlin
(030) 450 570 270
<https://gewaltschutzambulanz.charite.de>

HateAid gGmbH

Tätigkeit: Beratung und Unterstützung bei Gewalt im Internet
c/o Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
0172 4636998
<https://hateaid.org>

ADAS – Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen von LIFE e.V.

Tätigkeit: Beratungsstelle für Menschen, die in Berliner Schulen Diskriminierung erleben
Rheinstraße 45/46, 12161 Berlin, Aufgang C, 3. Etage
0800 724 50 67
Internet: www.adas-berlin.de

Antidiskriminierungsbeauftragte der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Tätigkeit: Beratung bei Diskriminierung in Schulen, Schulentwicklung
Bernhard-Weiß-Str. 6 Raum 3 C 40, 10178 Berlin
(030) 90227 -5817
<https://www.berlin.de/sen/bjf/service/qualitaets-und-beschwerdemanagement/>

Berliner Netzwerk gegen Diskriminierung in Schule und Kita (BeNeDiSK)

Tätigkeit: Beratung bei Diskriminierung in Schule und Kita
c/o Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.
Oranienstraße 34, 10999 Berlin
(030) 818 219 295
<http://www.benedisk.de>

Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt : Fair mieten – Fair wohnen

Tätigkeit: Kostenlose und Mehrsprachige Beratung bei Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt
Oranienstraße 53, 10969 Berlin
(030) 623 26 24
www.fairmieten-fairwohnen.de

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Tätigkeit: Beratung und juristische Erstberatung in allen Fällen von (vermuteter) Diskriminierung, besonders bei Vorkommnissen und Fragestellungen die - über den Einzelfall hinaus - auch bundesweit von Bedeutung sein können.
Glinkastraße 24, 10117 Berlin
(030) 18 555-1855
www.antidiskriminierungsstelle.de

LADS Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung
Salzburgerstr. 21-25, 10825 Berlin
(030) 9013 3460
www.berlin.de/sen/lads

3.3 Rassismus, Flucht und Migration

ReachOut

Tätigkeit: Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
Beusselstr. 35 (Hinterhaus 4. Etage), 10553 Berlin
(030) 69 56 83 39
www.reachoutberlin.de

OPRA – Psychologische Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer & antisemitischer Gewalt
Beusselstrasse 35 (Hinterhaus), 10553 Berlin
(030) 92 21 82 41
www.opra-gewalt.de

ADNB des Türkischer Bund Berlin Brandenburg (TBB) - Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin
Tätigkeit: Beratungsstelle primär für in Berlin lebende Menschen, die rassistische und damit zusammenhängende Diskriminierungserfahrungen machen
Oranienstraße 53, 10969 Berlin
www.adnb.de

Bund für Andiskriminierungs- und Bildungsarbeit e.V. (BDB e.V.)

Tätigkeit: Beratung und Begleitung für Menschen, die von Diskriminierung und Rassismus betroffen sind
SprengelHaus
Sprengelstr. 15, 13353 Berlin
(030) 216 88 84
www.bdb-germany.de

KuB Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V.

Tätigkeit: Beratung von Geflüchteten und Migrant_innen (insb. geflüchtete Frauen) zu Asyl und Aufenthalt, mehrsprachig, Dolmetschen in Gebärdensprache
Oranienstr. 159 , 10969 Berlin-Kreuzberg
(030) 614 94 00
www.kub-berlin.org

Beratungsstelle für Migrant/innen von Arbeit und Leben Berlin (DGB/VHS)

Tätigkeit: mehrsprachige Beratung in arbeits-, sozial- und ausländerrechtlichen Fragen und zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
Kapweg 4, 13405 Berlin
(030) 5130 192 80
www.berlin.arbeitundleben.de

Wedding.hilft

Tätigkeit: Unterstützung für Geflüchtete (z.B. bei der Wohnungssuche, Dolmetschen v.a. arabisch, serbokroatisch, kurdisch)
c/o Soziales Zentrum
Wollankstr. 58-60, 13359 Berlin
www.wedding-hilft.de

Moabit hilft e.V.

Tätigkeit: allgemeine Beratung von Geflüchteten, Begleitdienste
Turmstr. 21/Haus R, 10559 Berlin
(030) 35057538
www.moabit-hilft.com

3.4 Islamfeindlichkeit/Antimuslimischer Rassismus

Inssan e.V.

Tätigkeit: Erstberatung und Unterstützung bei Diskriminierung aufgrund der muslimischen oder muslimisch zugeschriebenen Identität
Gitschner Str. 17, 10969 Berlin
(030) 20619639
www.inssan.de

3.5 Antiziganismus

Amaro Foro e.V.

Tätigkeit: Erstberatung Antiziganismus, Beratungsstelle für rumänische und bulgarische Roma mit Sprachmittlung, aufsuchender Arbeit und Sozialberatung, auf Bulgarisch, Romanes und Rumänisch
Kaiser-Friedrich-Straße 19, 10585 Berlin
(030) 610811020
www.amaroforo.de

Kulturen im Kiez e.V.

Tätigkeit: Beratung für Zuwandererfamilien aus Süd-Ost-Europa, Mädchenarbeit mit Romnija
Utrechter Straße 36, 13347 Berlin
(030) 983 277 67
www.kulturen-im-kiez.de

3.6 Antisemitismus

OFEK Beratungs- und Interventionsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung der ZWST (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.)

Tätigkeit: Beratungs- und Interventionsstelle, kostenfreie Einzelfallberatung für Antisemitismuserfahrene und Betroffene antisemitischer Gewalt
Schönhauser Allee 12, 10119 Berlin
(030) 610 80 458
www.zwst-kompetenzzentrum.de

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA)

Tätigkeit: Beratung bei antisemitischen Vorfällen
Postfach 12 05 30, 10595 Berlin
(030) 914 811 69
www.jfda.de

3.7 LGBTIQ*-Feindlichkeit

GLADT e.V.

Tätigkeit: Psychosoziale Beratung von und für Schwarze und of Color LSBTIQ* zu Antidiskriminierung, Antigewalt, Asyl und Migration, Trans* und Inter*, Gesundheit (u.v.m.)
Lützowstraße 28, ,10785 Berlin
(030) 26556633
www.gladt.de

LesMigraS

Tätigkeit: Antigewalt- und Antidiskriminierungs-Bereich der Lesbenberatung Berlin e.V.
Kulmer Str. 20a, 10783 Berlin
(030) 21 91 50 90
www.lesmigras.de

StandUp Antidiskriminierungsprojekt der Schwulenberatung Berlin

Tätigkeit: Mehrsprachiges Beratungsangebot für Schwule und bisexuelle Männer, Menschen mit HIV und Aids, transgeschlechtliche Menschen.
Niebuhrstr. 59/60 (Rollstuhlgerechte Räume und Fahrstuhl vorhanden), 10629 Berlin
(030) 23 36 90 -80
www.schwulenberatungberlin.de

MANEO - das schwule Anti-Gewalt-Projekt und Überfalltelefon in Berlin

Tätigkeit: Beratung für schwule und bisexuelle Männern, die von schwulenfeindlicher Gewalt und Diskriminierung betroffen sind – egal ob als Opfer, Tatzeuge oder Lebenspartner der Betroffenen.
Bülowstraße 106, 10783 Berlin
(030) 216 33 36
www.maneo.de

Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) – LSVD Berlin

Beratung für Regenbogenfamilien, Lesben, Schwule, Bisexuelle, transgeschlechtlich definierte Menschen, Kostenlose Rechtsberatung.
Kleiststraße 35, 10787 Berlin
(030) 22 50 22 15
<https://berlin.lsvd.de/beratung>

Sonntags-Club

Tätigkeit: Beratung für Transidente Menschen, Transgender, Menschen mit einer Trans*thematik, Lesben, Schwule, bisexuelle Menschen, auch auf Englisch
Greifenhagener Str. 28, 10437 Berlin
(030) 449 75 90
www.sonntags-club.de/beratung.html

Ansprechpartner_in für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Berliner Staatsanwaltschaft

Tätigkeit: Schwule, lesbische, bisexuelle, transsexuelle und intersexuelle Opfer homophober Hasskriminalität können sich direkt an die Staatsanwaltschaft wenden. Sie nimmt Anliegen, Beschwerden, gegebenenfalls auch Strafanzeigen auf und stellt den Kontakt zu den zuständigen Staatsanwälten, der Polizei und den privaten Hilfsorganisationen her.
Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung
Oberstaatsanwältin Ines Karl
Salzburger Straße 21-25, 10825 Berlin
(030) 9014-2697

3.8 BeHinderung und (chronische) Krankheit

Antidiskriminierungsberatung Alter oder Behinderung

Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.

Littenstraße 108, 10179 Berlin

(030) 27 59 25 27 und (030) 27 87 56 91

<http://lv-selbsthilfe-berlin.de/antidiskriminierungsberatung>

Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V.

Tätigkeit: Psychosoziale Beratung telefonisch, persönlich und per E-Mail, Peer-Beratung (behinderte Frauen beraten behinderte Frauen).

Leinestr. 51 (rollstuhlgerechte Räume), 12049 Berlin

(030) 617 091 -68 / -69

www.netzwerk-behinderter-frauen-berlin.de

Kontaktstelle zu HIV-bedingter Diskriminierung der Deutschen AIDS-Hilfe e.V.

Tätigkeit: Erstberatung zu HIV-bedingter Diskriminierung

Wilhelmstr. 138, 10963 Berlin

(030) 690 087-67

www.aidshilfe.de/de/aktuelles/meldungen/neue-kontaktstelle-zu-hiv-bedingter-diskriminierung

3.9 Sozialer Status

Basta! Erwerbsloseninitiative Berlin

Tätigkeit: Beratung und Begleitung zum Jobcenter

Schererstraße 8, 13347 Berlin

www.basta.blogspot.eu

Zentrale Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot

Tätigkeit: niedrigschwellige Anlaufstelle für Menschen, die keine Wohnung haben, vom Verlust der Wohnung bedroht sind oder sich in einer vergleichbaren Notlage befinden

Levetzowstraße 12a, 10555 Berlin-Tiergarten

(030) 3904740

www.wohnungslos-berlin.de

3.10 Frauen und Mädchen

BIG e.V. - Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen

Tätigkeit: Hilfe bei häuslicher Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder, mehrsprachige Beratung am Telefon, per Mail oder persönlich, Begleitung ins Frauenhaus, ins Krankenhaus und vor Gericht

Durlacher Str. 11 a, 10715 Berlin

Hotline: (030) 611 03 00

www.big-hotline.de

Ban Ying e.V. Koordinations- und Beratungsstelle gegen Menschenhandel

Tätigkeit: Fachberatungsstelle gegen Menschenhandel, Einwanderinnen aus Südostasien

Anklamer Strasse 38, 10115 Berlin

(030) 44 06 373 und (030) 44 06 374

www.ban-ying.de

TERRE DES FEMMES - Menschenrechte für die Frau e. V.

Tätigkeit: Beratung zu Gewalt gegen Mädchen und Frauen, Zwangsheirat, weiblicher Genitalverstümmelung, häusliche Gewalt und sexualisierte Gewalt
Brunnenstr. 128, 13355 Berlin (030) 40 50 46 99 0
www.frauenrechte.de

Wildwasser Arbeitsgemeinschaft gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen e.V.

Tätigkeit: Beratung für Mädchen nach sexuellem Missbrauch
Wriezener Straße 10-11, 13359 Berlin
(030) 48 62 82 30
www.wildwasser-berlin.de

LARA Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt an Frauen*

Tätigkeit: unbürokratische Hilfen für Frauen* nach sexualisierter Gewalt (ab 14. Lebensjahr)
Fuggerstraße 19, 10777 Berlin
(030) 216 88 88
www.lara-berlin.de

3.11 Alter

Antidiskriminierungsberatung Alter oder Behinderung

Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.
Littenstraße 108, 10179 Berlin
(030) 27 59 25 27 und (030) 27 87 56 91
<http://lv-selbsthilfe-berlin.de/antidiskriminierungsberatung>

KiDs – Kinder vor Diskriminierung schützen!

Tätigkeit: Beratung und Begleitung in Diskriminierungsfällen an, die junge Kinder im Alter von 0 bis 8 Jahren betreffen. Eine mehrsprachige Beratung ist möglich.
Naunynstraße 64, 10997 Berlin
(030) - 80206323
<https://kids.kinderwelten.net/de>

3.12 Rechtsextremismus

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Tätigkeit: Beratung bei konkreten rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Herausforderungen in ihren verschiedensten Erscheinungsformen für Einzelpersonen und Organisationen
Gleimstraße 31, 10437 Berlin
(030) 817 985 810
www.mbr-berlin.de

Violence Prevention Network e. V.

Tätigkeit: Beratung für Menschen, die sich von extremistischen Ideologien und Gruppen lösen möchten sowie deren Angehörige und Umfeld
Alt-Moabit 73, 10555 Berlin
(030) 917 05 464
www.violence-prevention-network.de



gefördert von:

be**Berlin**



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie *leben!*

www.berliner-register.de/mitte